

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Eringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6-spaltige Zeitspalte mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 139.

Dresden, Freitag den 19. Juni 1908.

19. Jahrg.

Die Alterspensionen im Unterhause.

Von unserem Korrespondenten.

J. a. London, 16. Juni.

Die Alterspensionen, welche Zeugnis davon hätten ablegen sollen, daß der englische Liberalismus noch nicht alle Fähigkeit für die Schöpfung weitreichender sozialer Reformen verloren hat, entpuppen sich nun nachträglich zu einem neuen greifbaren Beispiel liberaler Unentschiedenheit und Wortbrüchigkeit. Die Alterspensionsreform in der Form, wie sie der Premierminister Asquith gelegentlich der Einreichung des Budgets im Unterhause darlegte, war — wie wir seinerzeit in diesen Spalten ausführten — sicherlich nicht geeignet, die berechtigten Forderungen der mit diesem Reformversprechen jahrzehntlang genährten englischen Arbeiter zufriedenzustellen. Die allgemeinen Richtlinien der Reform und gewisse vorzügliche Einzelheiten derselben, welche von Asquith in seiner Budgetrede ausinandergesetzt wurden, schienen aber doch eine gewisse Entscheidung für den künftigen Umfang derselben bieten zu können, und so wurde sie als ein ernst zu nehmender und erweiterungsfähiger Anfang auch von denen begrüßt, welche nur eine viel tiefgreifendere Reform zufriedenstellen könnte. Nun liegt aber die Vorlage im Druck vor, und mit Staunen gemahnt man, daß sie unergiebiglich schlechter ist, als wie sie Asquiths Rede darstellte. Die Kritik der manchesterlichen und anarchistischen Reaktionen scheint inzwischen einen gar zu großen Eindruck auf die Regierung gemacht zu haben. Es ist nicht anders als ein Skandal, und ein wenigstens in England bisher nicht allgemein üblicher Vorgang, daß der Premierminister im Unterhause eine wichtige Bill einreicht, und noch dazu zwei Tage vor einer entscheidenden Parlamentswahl (der von Dundee, in welcher der Handelsminister Churchill gerade dank der Antilohnabgabe der Alterspensions-Vorlage mit knapper Not siegte), um sie dann im Handumdrehen absichtlich zu verflüchteln.

Wem die Erklärungen des Premierministers sollte die Grundlage u. a. die folgenden Bestimmungen enthalten: die Pension sollte befristet sein, die Pensionberechtigung sollte unabhängig vom moralischen Charakter der Bewerber, mit alleiniger Ausnahme der tatsächlichen Verbrecher sein, und die Annahme von Armenunterstützung in der Vergangenheit sollte keine Disqualifikation sein. Wörtlich sagte Asquith folgendes: „Je weniger man auf Fragen über Charakter, abgesehen von tatsächlichen Verurteilungen wegen Verbrechen, eingeht, um so besser. Alle angeregten Prüffragen nehmen sich auf dem Papier ganz gut aus; Sparbarkeit, Vorsicht, Charakter, guter Rummund, sie alle hören sich gut an, wenn man sie aber in konkrete Form fassen will, sind sie schwer anzuwenden, und die Anwendung kann sehr leicht unverantwortlich Härten erzeugen.“ Diese man aber die gedruckte Bill nach, so findet man, daß eine Person ihrer Pension verlustig geht, wenn sie in früheren Jahren „in gewohnheitsmäßig gewelgert hat zu arbeiten“ oder „wenn sie durch ihre eigene gewollte Tat oder ihr schlechtes Betragen in die Lage gekommen ist, sich um die Pension zu bewerben“. Hier ist, wie man sieht, eine moralische Bedingung in ihrer schlimmsten Form eingeführt, welche den ganzen Charakter und Wert der Reform mit einem Schlag verändert. Um diese Bestimmung zu erfüllen, wird man wohl Leute eigens zu dem Zwecke anstellen müssen, um in der ganzen Lebensgeschichte der großen Bewerber zu schnüffeln, um ihren moralischen Charakter, vielleicht auch gar ihre politische Gesinnung ausfindig zu machen. Dies ist offenbar der beste Weg, den Bewerber die ganze Reform zu verfehlen.

Ähnlich steht es mit der Frage der Pauper, nach Asquith sollten „in dem ersten Jahre nur die faktischen Pauper ausgeschlossen“ werden. Die gedruckte Bill disqualifiziert alle, welche vom 1. Januar 1908 ab Armenunterstützung erhalten haben! All diese Unglücklichen werden also ohne jede vorherige Warnung zum lebenslänglichen Pauperismus verdammt.

Es ist begreiflich, daß die Arbeiterpartei über diesen unerbötlichen Vorstoß empört ist, und sie wird ohne Zweifel eber revoltieren, als diese Verhöhnung der Reform demütig hinnehmen.

Gestern hat nun der Schatzkanzler Lloyd George für die verflämte Aufgabe der Vorlage im Unterhause Rede stehen müssen. Er hielt eine lange Rede, in welcher er sowohl auf die Kritik der Konventionen, die untröstlich darüber sind, daß das Prinzip der Beitragspflicht der Pensionberechtigten ein für allemal abgeschaltet worden ist, wie er auch auf die Angriffe der Arbeiterpartei wegen der Unzulänglichkeit der Reform zu erwidern versuchte. Gegenüber der letzteren verhielt er sich nicht ganz schroff. Er betonte immer wieder, daß die Vorlage nur ein erster Anfang sei und hat deshalb um Nachsicht. Er erklärte sich bereit, eine leitende Pensionsskala für jene Bewerber einzuführen, deren Einkommen das Maximum von monatlich 10 M. um ein geringes übersteigt. Was die Pauper betrifft, so wollte er diese nur vorläufig ausschließen, bis der bald folgende Bericht der sog. Kommission über das Armengesetz vorliegen wird, da dann die ganze Frage des Pauperismus eine gründliche Behandlung erfahren werde. Hinsichtlich der Bestimmung über den Charakter der Bewerber erklärte er sich bereit, den Wortlaut der Vorlage zu ändern, aber insbesondere den Ausdruck „schlechtes Betragen“ zu streichen, aber irgendeine Handhabe wollte er sich bewahren, um die gewohnheitsmäßigen Nichtarbeiter und Verschwendler auszuschließen. Um der Arbeiterpartei entgegenzukommen, sei er bereit, alle jene, welche zehn Jahre hindurch Mitglieder von Gewerkschaften oder Arbeiter-Unterstützungsvereinen gewesen sind, mit der Charakterprobe zu versehen. Mit Recht

antwortete darauf Genosse D'Orady, der die Vorlage nachher im Namen der Arbeiterpartei einer scharfen und gründlichen Kritik unterzog, daß dadurch die große Masse der Frauen sowie der unorganisierten Landarbeiter vor den Schnüfflern und Spionen nicht verschont bleiben werden. Zu erwähnen ist noch, daß der Schatzkanzler im Vorbeigehen darauf hindeutete, daß demnächst auch für die Invaliden unter 70 Jahren Vorkehrung getroffen werden wird.

Sehr entschieden antwortete der Schatzkanzler auf manche Angriffe der reaktionären Kritiker der Alterspensionen und er lieferte dabei eine interessante Kritik der mit Beitragspflicht verbundenen Pensionen. Er sagte u. a. folgendes: „Ich halte die Unterscheidung von Beitragslosen und mit Beiträgen verbundenen Systemen überhaupt für bedenklich. Solange Steuern auf solche Waren gelegt sind, welche von jeder Familie im Lande konsumiert werden, gibt es überhaupt kein solches Ding, wie ein beitragsloses System. Tee, Kaffee, Zucker, Bier und Tabak sind besteuert, und dadurch werden alle betroffen. Deshalb ist ein aus öffentlichen Mitteln finanziertes System ebensowenig ein beitragsloses System, wie wenn die Gelder nach deutschem Muster durch die direkten Beiträge der Beteiligten herbeigeschafft werden. Ein Arbeiter, der seine Gesundheit, seine Kraft und Geschicklichkeit zur Schöpfung des nationalen Reichtums hergegeben hat, hat damit auch seinen Beitrag geleistet zum Fonds, aus welchem er Pensionen erhält, wenn er nicht mehr imstande ist, jenen Reichtum zu schaffen.“

Dann gab er die folgenden Argumente gegen die Beitragspflicht: „Erstens würden dadurch fast alle Frauen von den Pensionen ausgeschlossen (was ja in Deutschland tatsächlich der Fall ist). Zweitens ist die Mehrzahl der Arbeiter nicht imstande, eine genügende Summe von ihrem Wochenverdienste wegzulegen, um für ihr Alter Vorkehrung treffen zu können.“ Diese Behauptung belegte der Schatzkanzler mit Zahlen, welche die Lage und die Lohnverhältnisse der Arbeiter illustrieren. Diese Kritik des ganzen Systems der Beitragspflicht verdient auch die Beachtung derer, welche die deutsche Alters- und Invalidenversicherung in den Himmel zu heben pflegen.

Leutenot und Landarbeiterlöhne.

rc. Auf Grund der statistischen Nachweise des Reichsarbeitsblattes kann für das laufende Jahr eine Abnahme der Leutenot festgestellt werden. In fast allen Kreisen, die sich mit der Vermittlung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte befassen, ergibt sich eine Zunahme des Angebots gegenüber den letzten Jahren. Man kann zwar bezweifeln, daß diese Statistik der Nachweise schon hinreichend genau ausgebaut sei, um einen Blick auf den gesamten Arbeitsmarkt in der deutschen Landwirtschaft zu ermöglichen, man kann aber nicht auf Grund persönlicher Erfahrungen und Beobachtungen ein zureichendes Urteil über das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt haben wollen. Denn die unvollkommene Statistik ist doch immerhin der beschränkten Einzelerfahrung viel weitem überlegen. Es dürften aber die Ergebnisse der Statistik doch infomeren richtig sein, als sie eine Abnahme der Leutenot feststellt. Ob der Grad der Abnahme der Leutenot von der Statistik in ihrer heutigen Ausdehnung richtig erfaßt wird, ist eine andere Frage. Freilich v. Witzsch behauptet nun in einem Artikel des Tags, daß die Leutenot auf dem Lande in unverändertem Maße fortbesteht. Er gibt freilich indirekt zu, daß das Angebot in diesem Jahre aus verschiedenen Ursachen größer sei als a. B. im Vorjahre. Wird dies aber zugestanden, so hat eben die Leutenot im laufenden Jahre in der Tat eine Verminderung erfahren.

Etwas anderes ist es, ob durch die jetzige Verminderung der Leutenot das Landarbeiterproblem gewissermaßen schon der Lösung entgegengeführt werde. Auf diese Frage kann man ohne weiteres mit Nein antworten. Denn das ist sicher, daß bei einer Verringerung des gewöhnlichen Arbeitsmarktes die Leutenot wieder zunehmen wird. Freilich vorläufig wird nach einige Zeit vergehen, bevor die gewöhnlichen Zentren wieder Arbeitskräfte in stärkerer Zahl an sich ziehen werden. Freilich v. Witzsch behauptet aber in nämlichen Artikel weiter noch, daß die Landwirte unter dem Druck der Weltmarktlage seit langen Jahren bereits die Löhne bis zu einer Höhe gesteigert haben, die die Rentabilität ihrer Wirtschaft in Frage stellt, ohne damit ein verstärktes Angebot zu erreichen.“ Es dürfte kaum zu betonen sein, daß die Löhne in der Landwirtschaft gestiegen sind, aber es ist sehr schwer, sich eine Vorstellung dieser Steigerung für die gesamte deutsche Landwirtschaft zu machen. Keinesfalls kommt die Steigerung der Löhne für landwirtschaftliche Arbeiter denjenigen gleich, die die Löhne der gewöhnlichen Arbeiterklasse etwa im letzten Jahrzehnt erfahren haben. Schon allein dadurch würde also die Fortdauer der Abwanderung nach den Industriezentren erklärt. Die Steigerung der Löhne in der Landwirtschaft war aber während der letzten Jahre auch nicht so erheblich, um die Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe zu gefährden. Trotz der Lohnsteigerungen sind vielmehr gerade in den letzten Jahren die Rentabilität in der Landwirtschaft so zugenommen, daß sie nicht entfernt in Frage gestellt, sondern durchschonlich recht reichlich bemessen war. Es kann nie und nimmer die Rede davon sein, als ob die hohen Löhne die Gewinnverhältnisse schmälerten. Wir haben leider verzeivelt wenig zureichendes Material, um die Rentabilität der Landwirtschaft beurteilen zu können. Aber, nichtsdestoweniger möchten wir bis zum Erweis des Gegenteils an der Behauptung festhalten, daß die Rentabilität der deutschen Landwirtschaft sich in den letzten Jahren überaus günstig gestaltet hat. Körperchaften wie z. B. die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft, die in ihren Untersuchungsabteilungen die Gestaltung der Rentabilitätsverhältnisse zu verfolgen in der Lage sind, dürften der Behauptung einer Verbesserung der Rentabilitätsverhältnisse wohl nicht widersprechen.

Auch für die Landwirtschaft trifft es nicht zu, daß hohe Löhne die Agrarindustrie ungünstig beeinflussen müssen. Vielmehr arbeitet

sich's mit leuten, aber tüchtigen Arbeitern besser, als mit billigen, aber wenig leistungsfähigen. Ganz allgemein kann gesagt werden, daß die Landwirtschaft suchen muß, auf dem Gebiete des Ackerbaus möglichst an menschlicher Arbeitskraft zu sparen. Das kann noch viel mehr als bisher durch vermehrte Anwendung von Maschinen geschehen. Zur Bedienung der Maschinen braucht man aber an sich schon geschultes und darum höher bezahltes Personal. Kann so im Ackerbau an Menschenhänden noch viel gespart werden, so ist dies allerdings auf dem Gebiete der Viehzucht im allgemeinen nicht der Fall. Aber gerade hier spielt die Lohnfrage wirklich eine ausschlaggebende Rolle. Der Landwirt kann einem zuverlässigen Arbeiter, der mit dem Vieh zu tun hat, sehr wohl einen hohen Lohn bezahlen. Denn nirgends rächt sich eine unpünktliche, sorglose Arbeit für den Landwirt empfindlicher, als gerade bei der Pflege des Viehes. Personal, das mit liebevollem Verständnis das Vieh pflegt, macht sich auch bei hart feigenden Löhnen immer gut bezahlt. Dagegen führen niedrige Löhne und nachlässige Pflege der Tiere zu Verlusten, denen gegenüber die Ausgaben für höhere Löhne wenig ins Gewicht fallen.

Aus diesen Erwägungen heraus kommen wir zu dem Schluß, daß sich für absehbare Zeit die deutsche Landwirtschaft mit der Tatsache der Leutenot abfinden muß. Sie wird mehr oder minder stark sein je nach den Schwankungen der gewöhnlichen Konjunktur, aber sie wird nicht verschwinden. Es kann ihr dagegen erfolgreich entgegengetreten werden, indem einmal die Landwirtschaft überall, wo es angeht, an menschlichen Arbeitskräften zu sparen sucht, indem sie aber dafür auf der anderen Seite die benötigten Arbeiter um so besser bezahlt, je leistungsfähiger sie sind. Denn es ist ein Verstum, zu glauben, in der Landwirtschaft handle es sich nicht um qualifizierte Arbeit, die von dem ersten Westen gleich gut ausgeführt werden könne. Ganz im Gegenteil, die Arbeitsteilungen in der Landwirtschaft werden von intelligentem, für die Landwirtschaft und ihren modernen Betrieb Verständnis besitzenden Arbeiterpersonal mit einem wesentlichen höheren Reizeffekte ausgeführt werden als von Leuten, die alle Arbeit gewohnheitsmäßig und ohne Interesse verrichten. Es ist ausgegeben, daß eine derartige Umwandlung der Arbeiterschaft in dem landwirtschaftlichen Betriebe nicht von heute auf morgen zu erreichen ist. Aber es wäre schon ein großer Fortschritt, wenn man erkennen würde, daß durch diese Umwandlung das Landarbeiterproblem seiner Lösung näher geführt wird. Heute krümmt der intelligentere, gesunde und unternehmungslustigere Teil der ländlichen Arbeiterjugend leicht in die Großstädte und gewerblichen Zentren ab, und die Landwirtschaft ist auf heimisches Personal angewiesen, das entweder alt oder nicht gesund oder aber auch nicht aufgewacht genug für den modernen Betrieb in der Landwirtschaft ist. Dieser Leutenot kann man mit einigem Erfolge nur dadurch entgegenwirken, daß die gute Arbeitsleistung in der Landwirtschaft den nämlichen Wert hat wie in der Industrie.

Präsidentenwahlkandidat Taft.

Der Konvent des schutzöllnerischen Kapitalismus.

Telegraphische Berichte.

Chicago, 18. Juni. Nach einer die ganze Nacht währenden Sitzung gewannen die Anhänger Tafts in dem zur Verortung der Resolutionen aufgesetzten Ausschuss des republikanischen Nationalkonvents den Sieg, indem alle Punkte in der Plattform, die von Taft und Roosevelt befürwortet worden waren, zur Annahme gelangten. Insbesondere wurde auch der Punkt in der Plattform genehmigt, der ein Gesetz empfiehlt, nach welchem die Arbeiterorganisationen bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern nur bundesgerichtlichen Verordnungen unterworfen sind, die nach Vernehmung beider Parteien beschlossen wurden. Ausnahmen sollen nur Fälle bilden, wo ein nicht wieder gut zu machender Schaden aus einem Verzuge entstehen könnte.

Chicago, 18. Juni. (Auf deutsch-atlantischem Kabel.) Das Resolutionskomitee des republikanischen Konvents unterbreitete dem Parteitag das Parteiprogramm, das eine lange Reihe wichtiger Fragen behandelt und bezüglich der Tariffrage ausführlich, die republikanische Partei erklärte sich unzulänglich dafür, daß die Tarifrevision in einer Spezialsession des Kongresses sofort nach dem Amtsantritt des neuen Präsidenten verhandelt werde. Das Parteiprogramm erklärt weiter, das Prinzip des Schutzolls werde am besten gewahrt durch die Aufhebung solcher Zölle, welche die Differenz zwischen den Produktionskosten des Inlandes und des Auslandes ausgleichen und ferner der amerikanischen Industrie einen angemessenen Verdienst sichern. Weiter wird in diesem Programm ein Minimal- und ein Maximaltarif befürwortet. Dieser soll gegen Länder angewandt werden, die amerikanische Waren unterschiedlich behandeln. Der Minimaltarif soll dagegen nicht nur amerikanischen Fabrikanten, Farmern usw. Schutz gegen den Wettbewerb des Auslandes sichern, sondern auch eine hohe Lebenshaltung der amerikanischen Arbeiter erhalten. Befürwortet wird ferner zollfreier Austausch zwischen den Vereinigten Staaten und den Philippinen mit Einschränkungen nur bezüglich des Tabaks und des Zuckers. Zum „Schutz dieser heimischen Interessen“ befürwortet das Parteiprogramm die Abänderung des Sherman-Antitrustgesetzes zum Zwecke der Erweiterung der Kontrolle seitens der Regierung über die Korporationen. Das Parteiprogramm betont die Fortschritte des Landes unter dem republikanischen Regime. Das Nationalvermögen übertrifft das Englands und aller seiner Kolonien und sei größer als das Deutschlands und Frankreichs zusammengenommen. (Es fragt sich nur, in wessen Händen sich das Nationalvermögen befindet! Ob in den Händen der Nation oder einer Gruppe von Ausbeutern der Nation! T. Red.)

Vertical text in the left margin, likely bleed-through or a separate column of text.

Chicago, 18. Juni. Der Konvent nahm den Majoritätsbericht an, der die von Laft und Roosevelt befürwortete Plattform beantragt. Bezüglich der Umlaufmittel rät die Plattform zu weiteren Geleihen, die den Geldumlauf elastischer machen, ihn mehr den Bedürfnissen des Landes anpassen und die Schwankungen des Zinsfußes vermeiden. Nachdem der republikanische Konvent die Plattform angenommen hatte, begann die Ausfüllung der Kandidaten seitens der Staaten in alphabetischer Reihenfolge. Die Galerie, ungeduldig Laft genannt zu hören, unterbrach die Sprecher. Als Ohio endlich Laft nominierte, erfolgte eine Szene großer Begeisterung.

Chicago, 18. Juni. Der republikanische Konvent hat Laft zum Präsidentschaftskandidaten nominiert.

Politische Uebersicht.

Auch die Reichsbank desavoniert Wilhelm II.

K. Nunmehr hat sich auch die Reichsbank der Desavonierung der Rede Wilhelms II. auf dem Döberitzer Truppenübungsplatz angeschlossen. Am Donnerstag nahm, wie gestern telegraphisch gemeldet wurde, der Zentralausschuss der Reichsbank plötzlich eine Ermäßigung des Diskontfußes von 4 1/2 auf 4 Prozent vor, nachdem erst am 4. Juni eine Herabsetzung von 5 Prozent auf 4 1/2 Prozent erfolgt war. Eine sachliche Begründung für dieses überraschende Ereignis gibt es nicht, die schnelle Ermäßigung des offiziellen Geldfußes steht in einem ausgesprochenen Gegensatz zu der bisherigen Politik der Reichsbank, die die letzte Diskontermäßigung nur widerwillig auf das kläglichste Verlangen von Industrie und Handel vornahm. In den letzten Tagen zeigte es sich, daß die industriellen Gesellschaften einen über alle Erwartungen großen Kapitalbedarf in der nächsten Zeit bedenkten, die beiden deutschen Elektrizitätskongresse allein treten mit Ansprüchen von etwa 100 Millionen Mark an den Geldmarkt. Die Aktiengesellschaft Friedrich Krupp kündigte gleichfalls die Aufnahme einer vierprozentigen Anleihe im Betrage von nicht weniger als 50 Millionen Mark an, zahlreiche andere Gesellschaften folgten ihr mit mehr oder weniger größeren Anforderungen. Unter diesen Umständen wäre normalerweise eine Diskontermäßigung um so weniger zu denken gewesen, als der nahende Zuliefertermin erfahrungsgemäß gleichfalls zu einer Verknappung des Geldmarktes führt. Selbst die Börse, die die Verbilligung des Geldes als eine Beförderung der Spekulationsmöglichkeit freudig begrüßte, kam zu der Auffassung, daß die Ermäßigung des Reichsbank-Diskontfußes als eine politische Handlung zu betrachten ist. Dem Ausland sollte bewiesen werden, daß die leitenden Kreise Deutschlands die politische Lage ruhig beurteilen und im Gegensatz zu der Rede Wilhelms II. die Möglichkeit erster Verwicklungen in dem augenblicklichen Zeitpunkt zurückweisen. Der deutschen Börse gegenüber war eine solche Befundung völlig überflüssig, sie zeigte sich durch politische Beschränkungen nicht beunruhigt; die anders lautenden Berichte der Vorkenspresse entsprangen nur dem Versuch, die völlige Stagnation des Vorkensverkehrs einmal mit weniger abgenutzten Gründen zu erklären. Die Reichsbank folgte mit der Diskontermäßigung den Erklärungen Wilhows und der Haltung der deutschen Presse mit Ausnahme der wenigen alldentschen Surrablätter.

Der patriotische Freisinn.

Wir haben gestern gekennzeichnet, wie die Reaktion den Freisinn für die Bewilligung der neuen Steuern vorbereitet, und wir haben gemeldet, daß der Freisinn sich gern und leicht vorbereiten lassen wird. Diese Meinung findet sofort volle Bestätigung.

Das Berliner Tageblatt hatte kürzlich die Parole an den Freisinn ausgegeben: „Keine Finanzreform ohne Wahlreform“. Der Senor der Freisinnigen Volkspartei, Albert Träger, hat diese Parole in einem besonderen Artikel „Feste Preise“ noch besonders unterstrichen. Der Erfolg aber ist, daß Herr Müller-Meinungen, der zu den vertrauten Ratschern der Wilhelmstraße gehört, während man doch immer noch viel kläglicheren Träger wie einen alten Dorftrichter behandelt, in den Münchner Neuesten Nachrichten mit Prinzipienstolz erklären kann, die Finanzreform dürfe nicht zum Gegenstand eines Subhandels gemacht werden. Die Reichsfinanzreform ist eine nationale Forderung, ja geradezu die Grundlage künftigen Lebens und Gedeihens unseres Vaterlandes. Hier Wandel und Ordnung zu schaffen, ist eine gebieterische Notwendigkeit, bei der wir nicht markten noch feilschen. Gewiß wünschen wir auch die gründlichste Wahlreform in Preußen — um der Gerechtigkeit willen —, obwohl sie wahrscheinlich dem Liberalismus in Preußen ebensowenig nützen wird, als sie es bei uns Bayern getan hat. Aber für seine Wahlreform muß Preußen selbst sorgen.

Kein Wunder, daß diese „durchaus befohlenen realpolitischen Darlegungen“ von der Kreuzzeitung mit Wohlgefallen übernommen werden. So kann es ihr auch nur recht sein. Die Junker tun nichts umsonst. Aber der Freisinn macht's aus Liebe.

Deutsches Reich.

Das Penny-Weltporto.

Aus London wird gemeldet: Die englische Regierung legte es ab, das Abkommen über das Penny-Weltporto mit Frankreich allein abzuschließen, da die Gewährung einer solchen Priorität Deutschland, das die Frage ebenfalls erwäge, verlesen könnte. Man beabsichtigt, den Bismarck mit allen Staaten des Kontinents, soweit sie nicht durch Rücksichten auf ihr Budget davon abgehalten werden, abzuschließen.

Dr. Theodor Barth über die preussischen Wahlen.

In einer Versammlung der demokratischen Vereinigung in Berlin verbreitete sich Dr. Barth über den Wahlausfall. Der geringe Erfolg der Freisinnigen, führte er aus, ist hauptsächlich auf den in ihren Reihen herrschenden kleinlichen Ehrgeiz und auch noch darauf zurückzuführen, daß diesmal gesonnen alle großen liberalen Ideen aus dem Wahlkampf ausgeschaltet wurden. (Zustimmung.) Wir werden niemals wieder hochkommen, wenn wir nicht zu den bewährten liberalen Idealen zurückkehren, unbefümmert darum, ob dabei momentan einige Mandate gewonnen oder verloren werden. Da diesmal die Wiedereinführung des Wahlrechts im Vordergrund stand, so hätten es sich die freisinnigen Parteien zur Ehre anrechnen müssen, frisch und fest auf das Ziel loszugehen und die Wählermassen mit fortzuführen. (Sehr richtig!) Statt dessen hat die Freisinnige Volkspartei Kompromisse geschlossen mit den ärgsten Wahlrechtsfeinden. (Wutausbruch.) Im letzten Grunde richtete sich dabei der Kampf ausschließlich gegen die einzige Partei, die offen

auf die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts losging. Charakteristisch für die Verkümpfung der Freisinnigen Volkspartei waren die Vorgänge in Mecklenburg. Dort hat sie zugestanden, daß schon bei den Urwahlen ihre Wahlmänner verpflichtet, erforderlichenfalls für den konsekrativen und antirepublikanischen Kandidaten einzutreten. (Hört!) Vor dieser Hauptprobe ist sie durch den Wahlausfall verschont geblieben. (Auf: Weider!) Eine Partei, die mit Wahlrechtsfeinden Hand in Hand geht, hat sich selbst das Urteil gesprochen. (Beifall.) Das Bedauerliche hierbei ist, daß die freisinnige Wählerchaft bei der Haltung ihrer Führer nicht rebellisch geworden ist. (Sehr wahr!)

Daß eine bürgerliche Partei bei Landtagswahlen offen für die Sozialdemokratie eintritt, wie es die Demokratische Vereinigung getan hat, ist der erste Fall dieser Art. Einen Achtungserfolg kann man der jungen Bewegung nicht streitig machen, wenn man berücksichtigt, daß in Teltow-Beskow 4500 Wähler und 60 Wahlmänner gewonnen wurden. (Beifall.) Wenn in diesem Wahlkampf viel über Terrorismus der Sozialdemokraten gesprochen wurde, so ist mir ein Terrorismus, der darauf hinausläuft, unhaltbare, volkverhetzende Zustände zu stützen, viel lieber, als ein Terrorismus, der besteht in solche Zustände aufrechtzuerhalten und womöglich noch zu verschlechtern. Daß gerade die in Glashaufen sitzenden Konservativen hier am lautesten schreien, ist unerbötlich. Und wenn die freisinnige Zeitung mit ihrer perfiden Denunziation der Beamten diese letzteren einer Verhöhnung überheben wollte, so kann man nur sagen: „Gut ab vor solchen Beamten, die ihrer politischen Ueberzeugung folgen!“ (Beifall.)

Die ganze Volkspolitik ist durchsetzt von Heuchelei. Ohne Ausrottung dieses Systems ist an eine Verbesserung unserer politischen Sitten und an wirkliche freiheitliche Erfolge nicht zu denken. Fürst Bismarck hat ja auch diese Politik nur eingeführt, um sich die Regierung nach Möglichkeit zu erleichtern und sich eine Mehrheit gegen das demokratische Bürgerium zu sichern. Der beste Beweis hierfür ist ja die Tatsache, daß er die agrarische Politik des Zentrumsmunter weiterführt und nur die Ausschaltung der demokratischen Elemente jener Partei anstrebt. Die Freisinnigen dürfen, wie das Berliner Tageblatt das vorgeschlagen, keinen Pfennig neuer Steuern bewilligen, solange die Regierung nicht die Wahlreform zugehanden hat. (Sehr richtig!) Was die von Herrn Müller-Reinigen inspierten Münchner N. N. dagegen einwenden, ist lächerlich. Was unsere auswärtige Politik anlangt, so ist jetzt viel die Rede vom „Einreisen“ Deutschlands. Aber diese Einkreuzung von außen ist für unser Land weniger gefährlich als diejenige des eigenen Volkes durch die Reaktion. Möge sich das deutsche Bürgerium zu seiner Ehrenrettung aufraffen und zeigen, daß es nicht gewillt ist, der Sozialdemokratie allein das Ringen um die Einkämpfung von Volksrechten zu überlassen. (Unhaltender Beifall.)

Ludwigschafen, 18. Juni. Nach der Pfälzischen Post hat die sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtags folgende Interpellation eingebracht: „Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um den in den Betrieben des Verbandes bayerischer Metallindustrieller angestellten Technikern und Kaufleuten die Ausübung des Koalitionsrechts zu sichern?“

Stuttgart, 18. Juni. Laut einer Ministerialverfügung werden vom 15. Juli ab sämtliche nach Württemberg bestimmten offenen Sendungen von Lejen und Losanpreisungen deutscher und ausdeutscher Lotterien, die in Württemberg nicht zugelassen wurden, von der Beförderung durch die Post ausgeschlossen. Dies gilt auch für Sendungen, die im Reichs- oder bayerischen Postgebiet aufgegeben und an Württemberg Empfänger gerichtet sind.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Der Studentenstreik.

Wien, 18. Juni. Morgen sollen die Vorlesungen an der Technischen Hochschule und an der Hochschule für Bodenkultur wieder eröffnet werden. In den Studentensammungen wurde demgegenüber heute bereits der Beschluß gefaßt, die Wiedereröffnung der Vorlesungen unter allen Umständen zu verhindern. Beide Hochschulen sollen schon früh am Morgen besetzt werden, um den Zugang zu den Hörsälen nötigenfalls mit Gewalt unmöglich zu machen. Das Unterrichtsministerium gab die Weisung, bei etwaigen Unruhestörungen sofort strenge Unterdrückung nach den Urhebern einzuleiten, und ebenso wird die Polizei angewiesen, gegen Demonstranten sofort auf das energischste vorzugehen. Im Fall erneuter Unruhestörungen soll sofort vor neuem die Schließung der Hochschulen angeordnet werden.

Wien, 18. Juni. Am Schluß der gestrigen Abgeordnetenhaus-Sitzung kam es zwischen den Sozialisten und dem Grafen Sternberg, der seine borgestrigte Beschimpfung der Studenten „Lautschub“ abzusprechen suchte, zu einem Zusammenstoß. Professor Welner protestierte namens der Professoren gegen diese unerhörte vom Präsidenten nicht gerügte Beschimpfung der Studenten. Abg. Adler (Soz.) interpellierte namens der Sozialdemokraten den Unterrichtsminister wegen der Kaiserworte über die Rektoren und fragte, ob diese Kaiserworte auf einer Information des Ministers beruhen oder auf Informationen von einer Seite, die nicht dazu berufen und dem Parlament nicht verantwortlich sei, und welche Schritte getan seien, um den höchst informierten Kaiser besser zu informieren und der Studentenschaft wie den Rektoren Genugtuung zu verschaffen.

Wien, 18. Juni. Offiziell wird nunmehr bekannt gegeben, daß Professor Bahrmann zum ordentlichen Professor derselben Fakultät wie in Innsbruck an der Universität Prag mit Rechtswissenschaft vom 1. Oktober d. J. ernannt worden ist.

Frankreich.

Der Nationalrat der sozialistischen Partei

trat am vergangenen Sonntag zu einer Sitzung zusammen. Dem ausführlichen Bericht der Humanität entnehmen wir folgendes: Der Parteilord Dubreuil erstattete seinen Tätigkeitsbericht, woraus hervorgeht, daß von der Parteileitung eine umfangreiche Propaganda auch in den entlegensten Gegenden entfaltet wird. In 700 Gemeinden war die Partei an den letzten Wahlen beteiligt und nach den Berichten, die dem Parteilord zugegangen, sind jetzt 3500 sozialistische Gemeinderäte gewählt worden. In der Diskussion über den Bericht wurde vom Genossen Brade das Verhältnis der Partei zur Konföderation der Arbeit berührt und die Nachgiebigkeit dieser gegenüber getadelt. Wohl um die im Banne der anarchisierenden Syndikate befindlichen Arbeiter nicht vor den Kopf zu stoßen, würde in der Humanität und auch von Jaurès den Auffassungen der Syndikalisten viel zu viel Rechnung getragen. Habe doch die Redaktion der Humanität sogar den Syndikalisten bereitwillig Raum zur Verfügung gestellt, den diese fast ausschließlich dazu benutzen, die Partei zu verhöhnen. Der nächste Parteitag wird über dieses Verhältnis zwischen Sozialismus und Syndikalismus eine Aussprache bringen müssen. — Der diesjährige Parteitag wird in der ersten Hälfte des Oktober in Toulouse stattfinden. Auf die Tagesordnung gelangen u. a. folgende Punkte: Die Aktion der sozialistischen Partei, Aenderung des Parteistatus, Agrarfrage. Bei dem Punkt: Internationales sozialistisches Bureau, teilt der

Genosse Baillat mit, daß die beiden französischen Delegierten den Antrag gestellt haben, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen: Die Aktion der Sozialisten, den europäischen Sammlung eine vom Genossen Douquet vorgelegte Resolution an, des Präsidenten der französischen Republik und des Zaren von Rußland auf das entschiedenste protestiert wird. Am Schluß nach Frankreich kommen sollte, das ganze Proletariat sich erheben würde, um den Feindern des russischen Volkes seinen ganzen Haß und Verachtung zu bezeigen. —

Belgien.

Brüssel, 18. Juni. In der heutigen Kammer-Sitzung erklärte der sozialistische Abgeordnete De Sève, die letzten Wahlen hätten dargetan, daß die Regierung diskreditiert sei, und daß sie tatsächlich eine Minorität im Lande hinter sich habe. Dieser Lage entsprechend bringe er folgende Tagesordnung ein: Die Kammer ist der Ansicht, daß infolge der Wahlen vom 24. Mai sowie wegen des Ernstes der zur Beratung stehenden Frage eine Auflösung der Kammer notwendig ist und Neuwahlen stattfinden müssen. Der Kabinettschef stellte hierauf die Vorfrage, die Rechte verlangte namentliche Abstimmung. Das Ergebnis ist 50 für und 49 gegen die Regierung bei drei Stimmenthaltungen. De Sève verlangt hierauf Auflösung über die Frage, ob die Korrespondenz zwischen England und Belgien bezüglich des Kongresses beendet sei oder noch fortgesetzt werde. Schließlich brachte der liberale Abgeordnete Neujean einen Antrag auf Vertagung der Beratung der Kongressvorlage bis September ein, der aber mit 78 gegen 53 Stimmen abgelehnt wurde.

Italien.

Ein italienischer Fall Orber.

Rom, 18. Juni. Deputiertenkammer. Als in der heutigen Sitzung die Abgeordneten Barzilai und Santini über eine persönliche Angelegenheit, die auf einige vorgelegten von Santini gebrachte Sätze zurückzuführen ist, Erklärungen austauschten, machte sich auf der äußersten Linken und auf der Journalistentribüne Ruhe bemerkbar. Santini rief hierauf den Journalisten ein Schimpfwort zu. Die Journalisten erwiderten darauf ebenfalls mit heftigen Worten. Der Präsident forderte die Vertreter der Presse auf, die Verhandlungen nicht zu stören, aber der Lärm hörte nicht auf. Der Präsident ordnete die Räumung der Tribüne an und hob die Sitzung unter großer Erregung auf. Nach Wiedereröffnung der Sitzung sprach der Präsident unter lebhaftem Beifall sein Bedauern über den Zwischenfall aus. Die Journalisten, die auf die Tribüne zurückgekehrt waren, verließen sie wieder, da Santini die Beleidigung nicht zurücknahm. Die Sitzung wurde fortgesetzt, ohne daß die Vertreter der Presse antworteten. Sie haben beschlossen, dem Abgeordneten Santini ihre Reue zu schicken.

Rom, 18. Juni. Zu dem heutigen Zwischenfall in der Kammer wird noch gemeldet: Die Journalisten, die sich auf der Tribüne befanden, bestimmten durch das Los, wer dem Abg. Santini ihre Reue schicken solle. Das Los traf den Journalisten Jambelli, der Santini durch zwei Kollegen fordern ließ. Dieser behielt sich die Antwort bis morgen vor. Die Journalisten legten jedoch einen Ausschuss ein, der morgen mit dem Präsidenten der Kammer verhandeln soll, um eine ehrenvolle Beilegung des Konflikts herbeizuführen. Gemäß einer Aufforderung der Pressevertreter haben die sämtlichen Mütter über die Verhandlungen der Kammer von dem Zwischenfall an nichts mehr berichtet.

Rom, 18. Juni. Barzilai kam auf den Zwischenfall zurück und hob hervor, Santini habe die Journalistentribüne schwer beleidigt. Er forderte den Präsidenten auf, er solle, wie es das ungehörige Benehmen der Pressevertreter gerügt habe, dies auch bezüglich der Worte Santinis tun, der die ganze italienische Presse in ihren Verleumdungen beleidigt habe. Santini erklärte, daß, als er sich an die Journalistentribüne wandte, er doch die gegen ihn geschickten Beleidigungen habe zurückweisen wollen. Er nehme die Zurückweisung durch den Präsidenten an und weigere sich nicht, dafür um Entschädigung zu bitten, daß er unabsichtlich so weit gegangen sei. Der Präsident behaupte lebhaft, zu einer so strengen Maßregel gegen die Journalistentribüne genötigt gewesen zu sein; sie habe in die Debatte eingegriffen und das könne unmöglich gebuldet werden. Sobann sprach der Präsident dem Abg. Santini seinen Dank aus, daß er die Angelegenheit angenommen und eine Erklärung abgegeben habe. Nach der Tagesordnung hätte er die Journalisten während der ganzen Sitzung ausschließen müssen, aber wegen der Ursache des Zwischenfalls habe er geglaubt, die Kammer aufzufordern zu sollen, ihn zu ermächtigen, daß er den Journalisten den Zutritt zur gleichen Sitzung wieder gestatte. Wenn sie indessen nicht zurückkommen wollten, so gese das in einer Kammer den Präsidenten nichts an. Er glaube, der Zwischenfall könne als vollständig beigelegt betrachtet werden. (Beifall.)

England.

Die mazedonische Reformation.

London, 18. Juni. Das Reutersche Bureau erklärt, daß die Antwort Rußlands auf die letzte Mazedonien betreffende Note des Ministers des Auswärtigen Oren eingegangen ist und daß der englisch-russische Vorschlag zur Pazifikation Mazedoniens der mit sehr genauen Einzelheiten und in endgültiger Form ausgearbeitet ist, jetzt im wesentlichen feststeht. Sobald ein endgültiges Einvernehmen erzielt worden sei, würden beide Regierungen sich bemühen, die Zustimmung der anderen Großmächte zu erlangen. Der Entwurf sei eine Vereinigung der ursprünglichen Anregungen und russischen Antwort und enthalte die wesentlichsten Anregungen eines jeden von ihnen. Die Nachricht sei un begründet, daß England und Rußland beschlossen hätten, eine europäische Konferenz einzuberufen. Evening Standard schreibt, der Entwurf habe bereits die Zustimmung Frankreichs, Italiens und Oesterreichs gefunden. Er sehe keinen Generalgouverneur vor, aber der Generalinspektor solle an den Beratungen der Finanzkommission teilnehmen, in der Bivlagenten schon Sitze haben. Die Kommission solle die Vollmacht erhalten, einen Teil der Einnahmen, der für die Bedürfnisse des Bivdiens erforderlich sei, zurückzubehalten; Bedürfnisse der Rest solle für militärische Aufwendungen und zur Führung der lokalen Verwaltung bestimmt werden. Von der Partei solle indes nicht verlangt werden, die Zahl der türkischen Truppen in den drei Blajets zu vermindern. Die Gendarmerie solle eine wesentliche Vermehrung erfahren und in den Dörfern sollen unter Aufsicht der Gendarmerieoffiziere Diskordanten gebildet werden. Zur Aufrechterhaltung der Souveränität des Sultans sollen die europäischen Offiziere in türkischen Diensten treten, aber sie sollen nach wie vor von den Mächten gewählt werden.

London, 18. Juni. Unterhaus. Thomson fragte um, welche Antwort die Regierung auf gewisse Vorstellungen erteilt habe, welche ihr gegenüber hinsichtlich der Wirkung der für deutsche Gesandnisse geltenden Patentvorschriften erhoben worden seien. Handelsminister Churchill erwiderte, daß er über diesen Gegenstand nur von der deutschen Regierung eine Mitteilung erhalten habe. Die Frage sei, ob die Bestimmungen des Abkommens 27 (1) des Patentgesetzes in Uebereinstimmung ständen mit den Bestimmungen der Uebereinstimmung über das gewerbliche Eigentum. Nach Ansicht der Regierung sei dies der Fall und die deutsche Regierung sei in diesem Sinne verständigt worden.

IV. Reichstags-Wahlkreis.

Sonntag den 21. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr

Erstes Kreis-Sommerfest

in sämtlichen festlich dekorierten Lokalitäten des Etablissements **Linckesches Bad**, Schillerstrasse.

Festzug mit Musik-Begleitung.

Sammelpunkt: **Nachm. 2 1/2 Uhr** auf dem **Moritzburger Platz**, Vorstadt Pieschen.
Der Festzug bewegt sich unter Begleitung von **zwei starken Musikchören** in **geschlossener Formation** durch: **List-, Fritz-Reuter-, Friedens-, Lössnitz-, Luisen- und Priessnitzstrasse** nach dem Festplatz **Linckesches Bad**.

Der Festplatz bleibt bis zum Eintreffen des Festzuges geschlossen.

Darbietungen auf dem Festplatz:

Instrumental- und Vokal-Konzert. ★ **Ausführende:** Mitglieder des Zentralverbandes der Zivilberufsmusiker und der **Männer-Gesangverein „Liederhalle“**.
Turnerische Aufführungen, Gabenlotterie, Pfefferkuchen-Verlosung, Preisschiessen, Ringwerfen, Kinderspiele, Lamplonzug, Illumination u. Feuerwerk.

Karten **10 Pf.** sind noch zu entnehmen bei allen Vorstandsmitgliedern und den Beitragskassierern.

Alle Genossinnen und Genossen nebst Angehörigen sowie die organisierte Arbeiterschaft des 4. Reichstagswahlkreises ladet zu zahlreicher **Beteiligung am Festzuge und am Feste selbst** ein
Der Vorstand des Soz. Vereins für den 4. Wahlkreis.

Die **Ordner zum Festzuge** haben sich Sonntag früh **7 Uhr** im **Linckeschen Bade** zur Entgegennahme der Binden u. Instruktion einzufinden.

Sozialdem. Verein Dresden-Altstadt.

Sonntag den 21. Juni, nachmittags 3 Uhr, im grossen Konzertgarten des **Bergkellers**, Bergstrasse

Sommerfest

bestehend in **Konzert, Gabenverlosung usw.**

Karten **10 Pf.** sind bei den Vorstandsmitgliedern und sämtlichen Bezirkskassierern zu haben.
Zahlreichen Besuch der Mitglieder und ihrer Angehörigen wünscht
Der Vorstand.

Gewerkschaften der sämtlichen Lößnitz-Ortschaften

Drittes Gewerkschafts-Fest

Sonntag den 5. Juli 1908 **Börnners Gasthof in Zitzschewig**

Fest-Ordnung: Nachmittags Punkt 3 Uhr Festzug mit Musikbegleitung vom **Gold. Anker** in Köhlichenbroda nach dem **Gasthof Zitzschewig**. Auf dem Festplatz: **Instrumental- und Gesangs-Konzert** sowie **Tanz**. **Ausführende:** Lößnitz-Kapelle (Dir. Krumbholz), M.-S.-V. Morgenrot und Frohe Sänger. **Verlosung** von künstlerischem Wandschmuck, Volks- und Jugendschriften, gediegenem Spielzeug und Gebrauchs-Gegenständen. **Preis- und Prämien-schießen, Kaisertheater, Ebends: Lamplonzug und Feuerwerk.**

Karten sind bei allen Vertrauensleuten und Zeitungsträgern der Gewerkschaften und Partei zu haben.
Das Festkomitee.

Sozialdemokratischer Verein für den 6. sächsischen Reichstagswahlkreis.

Verteil.-Schreibzettel: Köhler, Des. Dresden, Dresdnerstr. 77 G. I. Beschr. Amt Deuben Nr. 774.
Veranstalt: **Montag** den 8. d. M. 1 Uhr und 5 bis 6 Uhr, **Montag** den 7. d. M. abends.

Gruppe Gorbitz-Pesterwitz-Altfranken.

Freitag den 19. Juni, abends 9 Uhr: **Mitgliederversammlung** in **Gossmanns Restaurant** in **Niedergorbitz**. Tagesordnung: 1. Bericht aus der Kreisvorstandsitzung. 2. Neuwahl der Gruppenverwaltung. 3. Bericht der Gemeindevertreter. 4. Vereinsangelegenheiten. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung wird um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht.
Die Verwaltung.

Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter

Filiale Dresden-Neustadt.
Sonntag den 21. Juni 1908, nachmittags 11 Uhr

Haupt-Versammlung

in **Restaurant Widel**, Schönbrunnstrasse.
Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Neuwahl der Ortsverwaltung. 3. Allgemeine Kassen-Angelegenheiten.
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Talschenke Neuburgk im Kaitzbachtale

10 Minuten von der Eisenbahn-haltstelle Gittersee.
Besonders geeignetes Getreide-Konsum.
Gute landliche Verpflegung.
Emil Hillz.

Bezirk Kötzsch-Coswig

Sonntag den 20. Juni, abends 8 1/2 Uhr

General-Versammlung

im **Gasthof zu Coswig** (obere Saalstube)
Tages-Ordnung:

1. Neuwahl der Bezirksverwaltung.
2. Bericht des Gemeindevertreter.
3. Antwort auf die Broschüre des **Korbmachers Zischer**.
4. Gewerkschaftsfest.
5. Sommerpartie.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist erforderlich. Junge Leute über 18 Jahre haben Zutritt, falls sie vor Beginn der Versammlung ihren Beitritt erklären.
Die Bezirksverwaltung.

Parteigenossen

der Bezirke **Pieschen, Mickten, Trachenberge.**

Sonntag den 21. Juni 1908 rechtzeitig und zahlreich auf dem **Moritzburger Platz** zum **Festzug** stellen.

Sparverein zur Frohen Schicht, Postschappel.

Sonntag den 21. Juni **Sommerfest** verbunden mit **Schweins-Prämien-Vogelschießen** und anderen Belustigungen.
Es lohnt ergebnisreich
Der Vorstand.

Soz. Verein des 6. Reichst.-Wahlkr.

Sonntag den 21. Juni, nachm. 3 Uhr

Grosses Sommer-Fest

in **Balkes Gasthof zu Gittersee.**

Darbietungen: **Schweins-Prämien-Vogelschiessen, Preisschiessen, Ringwerfen, Gabenlotterie, Pfefferkuchen-Verlosung, Luftschaukel und Belustigungen** für gross und klein.
Zahlreichen Besuch erwartet **Die Verwaltung.**

Skatverein Leuben u. Umgegend

Sonntag den 21. Juni

Wanderabend beim Skatbruder Berthold

verbunden mit **Skatturnier**, in **Dresden-Striefen**, Spitalstrasse.
Anfang 8 Uhr.

Richard Schwarz, Trachau, Veteranstr. 2
liefert **Möbel** aus eigenen Werkstätten. Ausstattung von 250 Pf. an.
Sofas 48, Matratzen 20, Decken 12, Stühle 24, Drumsch 30 Pf.
Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Robert Grösch, Dresden.
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Reinhold Gieseler, Dresden.
Sendung nach Berlin: **Raben & Sohn, Berlin.**

die Domäne einer kleinen politischen Minorität. (Gemeint sind die Nationalliberalen.) Allerdings gehören alle Stadtratsmitglieder der Abt. E zu den Liberalen. Die Wählerklasse D sei bedroht von der Sozialdemokratie. Aber auch dieser Hinweis sei nicht zutreffend. Wenn man sich auf das Jahr 1905 wende, so ist die Sozialdemokratie gestiegen, liegt das nur an den bürgerlichen Parteien selbst. Man habe 1907 auch das nämliche Resultat vorhergesehen, sei aber hier ein schlechter Prophet gewesen. Solange die bürgerlichen Parteien der Sozialdemokratie gegenüber einig sind, werde letztere stets im Nachteil sein. Auch Redner empfiehlt, das Gesetz abzulehnen.

Stadto. Uhlig: Die bürgerliche Linke könne nur erstreut sein, wenn der Antrag abgelehnt wird, denn nur sie wäre es, welche zu verlieren hätte. Wir haben kein Interesse an Hindernissen, wir verwerfen das ganze Gesetz. Wenn sich die Angehörigen der Abt. E beschweren über eine Ausnahmestellung, die sie angeblich einnehmen, so trifft dies gar nicht zu, wohl aber für die Arbeiter. Gegen diese Vergrößerung rühre sich niemand. Man hat uns nur zugelassen, soweit man muß. Wir verwerfen Ausnahmestimmungen, in welcher Form sie seien. Es sei eine Ironisierung des Gesetzes und das größte Unrecht, wenn Abt. E im Jahre 1906 bei 1574 Wählern 12 Vertreter habe und Abt. B bei 13618 Wählern auch nur 12 Sitze in beiden Altersklassen. Die Steuerleistung solle angeblich nicht der Maßstab für die Berechtigung sein. Welchen Wert und welche Bedeutung die Arbeiterklasse hat, komme in diesem Gesetz nicht zum Ausdruck. Stadto. Vogel habe seiner Zeit die Angehörigen der Abt. A, Rentner und Privatiers, als solche nicht gekannt, die sich erst erkundigten: Wo zählt man die wenigsten Steuern? Dort leben sie hin. Das sei die Qualität von Leuten, denen zu Gefallen man solche Wahlsiege mache. Der wirklich leidende Mittelstand, Abt. D II, habe bei seinen 5126 Wählern nur 6 Sitze, das ist auf 850 Wähler ein Sitz, während bei Abt. A ein Sitz auf 130 und bei Abt. E auf 15 Wähler ein Sitz komme. Bei Abt. D II sehe man auch ganz genau durch die Abstammung, daß man es hier über die Hälfte mit Proletariern zu tun habe. Durch ihren sozialdemokratischen Sinnzusatz geben sie der bürgerlichen Politik ein Mißtrauensvotum, deshalb will man sie zu Tode gehen.

Stadto. Dr. Hädel: Es komme nicht auf die Zahl der Gewählten, sondern auf die Qualität derselben an. Bei Deuten von der Qualität Uhligs, Fleiners, Krügers usw. genügen 12-14 vollständig, was sollte werden, wenn davon 50 Mann im Kollegium sitzen. (Uebrigens eine vortreffliche Charakterisierung der Majorität!) Wir sind jederzeit ungenügend genug gewesen, daß wir den Sozialdemokraten so viel (1) Zugehörigkeit gemacht haben.

Stadto. Dr. Stresemann macht Uhlig den Vorwurf, er habe nur zum Feindler hinausgeredet und rechtfertigt die jetzigen Gruppen-einteilung. Nachdem noch die Stadto. Vogel, Thammiller und wiederholt Uhlig gesprochen haben, wird folgendes Entschieden einstimmig (unter großer Beifall) angenommen:

„Kollegium wolle a) die Besuche des Vereins Dresden Kaufleute vom 12. Dezember 1906 und 28. Februar 1907, um Aenderung

des Ortsgesetzes über das Stadtratswahlrecht ablehnen und b) hierdurch die Eingaben 1. des unabhängigen Ausschusses für die Stadtratswahlwahlen der Gruppe E vom 4. Januar 1907, 2. des Vorstandes der Dresden Kaufmannschaft vom 11. Januar 1907, 3. der Freien Vereinigung von Kaufleuten und Industriellen Dresdens vom 16. Januar 1907, 4. des Ortsausschusses des Verbandes sächsischer Industrieller vom Januar 1907 sowie 5. des Verbandes Dresdner Geschäftshändler vom 4. Februar 1907 für erledigt erklären.“

Zur Anklage hieran wird folgender Antrag des Stadto. Krüger I und Genossen zur Beratung gestellt: „Kollegium wolle a) schließen, an Stelle des jetzt bestehenden Stadtratswahlrechtes das vorher bestandene Wahlrecht wieder einzuführen, und zwar unter Anwendung der Verhältniswahl (Proportionalwahlrecht). Stadto. Krüger I führt zur Begründung seines Antrags unter anderem folgendes aus: Der vorhin beschriebene Antrag der Kaufleute interessiert uns wenig, wir wollen auch nicht am Gesetz herumtödeln. Nach unserer Ansicht ist es derzeit mangelhaft, daß es schon jetzt, trotzdem es noch nicht lange besteht, ruhig verschwinden könnte. Redner beleuchtet die damalige politische Situation im Kollegium, als das heutige Wahlsystem stand. Auch die Erfahrungen, die Arbeiter zu erdulden hatten, um Bürger zu werden, führt Redner an und daß uns auf unsere fortgesetzten Beschwerden erst das Oberverwaltungsgericht in dieser Beziehung freie Bahn geschaffen hat. Als Redner damalige Meinungen von Oberbürgermeister sowie von Hartwig und dem heutigen Vorsitzenden zitieren will, wird er vom Vorsitzenden mit dem Hinweis unterbrochen: das gehört nicht zur Begründung seines Antrags. Auf das jetzige Wahlrecht selbst hinweist, legt er dessen Unbilligkeit, die damit verknüpfte Arbeit für Wähler und Beamte auseinander, alles mit äußerster drastischen Beispielen bereichend. Auch hierbei wird er wieder vom Vorsitzenden unterbrochen. Redner schließt: Wir verlangen ein allgemeines Wahlrecht, wobei die Sitze nach dem Verhältnis verteilt werden. Die etwa in der Städteordnung entgegengesetzten Bestimmungen fürchten wir nicht.

Stadto. Dr. Hädel: Ich mache dem Vorwurf, „er habe nur zum Feindler hinausgeredet“ und bittet um Ablehnung, daß Stadto. Dr. Schneider, der logar bittet, die Diskussion abzulehnen. Ein Schlußantrag wird mit 38 gegen 26 Stimmen angenommen!! Stadto. Hed erklärt, für den Antrag Krüger u. Gen. zu stimmen, weil er auch eine alte Forderung des Arbeitervereins sei. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Stadto. Hed abgelehnt.

In der Sitzung am 8. Mai waren zur Wahl von drei Stadtratsmitgliedern zu dem am 6. und 7. Juli stattfindenden Städtetage in München die Stadto. Dittmann, Fleiner und Sack vom Wahlausschuss vorgeschlagen worden. Diesen Vorschlag hatte man damals zurückgewiesen. Heute werden hierzu noch die folgenden vier Herren vorgeschlagen: Stadto. Vorherer Stödel, Stadto. Grüner, Götter und Wendt. Der Vorsitzende schlägt vor, fünf Delegierte zu schicken, wie der Rat, davon drei mit und zwei ohne Stimmrecht.

Dagegen spricht Stadto. Hädel mit 3 mit Stimm-

recht und über 8 Tage die andern 2 gewählt wissen will. Dem stimmt man zu und gewählt werden im ersten Wahlgang Stadto. Dittmann mit 57 Stimmen und Vorherer Stödel mit 52 Stimmen im ersten Wahlgang, während Stadto. Wendt durch das 2. bestimmt wird. Eine Menge andere Wahlen zu Delegationen werden noch nach den Vorschlägen des Wahlausschusses erledigt.

Stadto. Thierfelder beantragt: „Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, bei der Kaiserl. Oberpostdirektion dahin vorstellig zu werden, daß von dieser baldmöglichst Einrichtungen getroffen werden, die eine ununterbrochene Benutzung der Fernsprechvermittlung auch während eines drohenden oder sich entladenden Gewitters ermöglichen.“ Er begründet seinen Antrag.

Stadto. Janke wendet sich als Stadtmann gegen den Antrag. Das Leben der Beamten sei tollbar. Bis jetzt habe man noch nicht erfunden, was Garantie für Unverletzbarkeit ergeben könne, aber die Postdirektion bringe allen derartigen Einrichtungen das größte Interesse entgegen. — Der Antrag wird mit großer Majorität abgelehnt.

Die Rechtsanwältin des Kollegiums stellt folgenden Antrag: „Kollegium wolle a) unter Beirät zu dem von einer Anzahl hiesiger Rechtsanwältinnen an das königliche Ministerium der Justiz gerichteten Gesuche das königliche Ministerium ersuchen, die Zusammenlegung der Verhandlungssäle für Zivilsachen des Landgerichts und des Amtsgerichts in ein Gebäude, am besten das Amtsgerichtsgebäude, anzuordnen, und b) den Rat um Zustimmung zu diesem Beschlusse ersuchen. Hans Kohnmann. Schlichte. Schüricht. Weglich I. Christoph.“ Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Rat hat beschlossen, einen Waldteil östlich und westlich der Großenhainerstraße zum Zweck eines Waldparks vorläufig auf 15 Jahre zu mieten. Das Stück ist 38 Hektar groß und soll jährlich 572 M. Miete kosten. Referent Stadto. Ribbe: Der Nutzen würde für die Stadt wohl nicht allzu groß sein, aber auch die Aufgabe ist nicht hoch. Für die Einwohner von Pieschen und Trachenberge ist es immerhin ein Erholungsplatz. Auch habe sich der Rat das Vorkaufsrecht vorbehalten. Die Unterhandlungen bezüglich eines Waldstückes in dortiger Gegend seien von Rat infolge eines einstimmigen Beschlusses vorbehalten. Stadto. Großmann spricht den Wunsch aus, daß es dem Rat gelingen möge, dieses Stück zu angemessenem Preise ganz in den Besitz der Stadt zu bringen. Das Kollegium tritt dem Ratbeschlusse einstimmig bei.

Ueber Verbesserungen der Feuerlöschverrichtung im Ausstellungsbauhaus referiert Stadto. Dörfel. Zu diesem Zwecke werden 3796 M. 35 Pf. aus der Kasse bewilligt; gleichzeitig wird aber auch beschlossen, den Rat zu ersuchen, über die Zulänglichkeit der Vorausgänge Erörterungen anzustellen und das Ergebnis den Stadtratsmitgliedern mitzuteilen.

Die Gründung der Einrichtung eines Stadtbürgerbüros wird für 1. Juli 1908 beschlossen mit einem Gehalt von 4000 bis 5500 M. für den Vortr. und von 1300 M. Grundgehalt für den Kanzleibeamten. An die öffentliche Sitzung schloß sich eine gedruckte.

E. PASCHKY.

Bei heißem Wetter

sind diejenigen Speisen am nützlichsten, welche leicht und vollständig verdaulich sind. — In diesen Nahrungsmitteln gehören in erster Linie

frische Seefische.

Besonders preiswert und von vorzüglicher Güte ist:

Kabljau, „Helgol.“ Pfd. 15 Pf.

Prachtstücke bis 3 Pfund.

Goldbutten 5 Pfd. 75 Pf.

hart und fleischig

Seehecht, „Helgol.“ Pfd. 20 Pf.

in Prachtstücken

Austernfisch, ohne Kopf Pfd. 20 Pf.

Schellfisch, ohne Kopf Pfd. 20 Pf.

in ff. Stücken

Rezepte gratis!

Juni-Matjes 3 St. von 20 Pf. an.

delikate Fische

Neue mehligte Kartoffeln, ff. Pfd. 12 Pf.

Sämtliche geräucherte Fischwaren täglich frisch zu billigsten Tagespreisen.

Freidenker!

Bericht vom Kongress, Montag den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Zehl, Palmstraße.

Männer-

Hemden in Bardent 1.00—2.50
do. „Normal 0.80—4.00
do. „weiß 1.10—2.50
Unterhosen 0.80—4.00
Unterjacken 0.90—2.50
Aermelwesten 1.50—9.50
Socken 0.25—1.20
do. handgestrickt 0.25—1.50

Ernst Knaar
Kilianiaplatz 25, Eing. Joleubühnenstr.

Kern, Ueber, Rabenau
Spez.: Staubfisch. Huren für Arbeiter 13.50 u. 20.50 M.
Gold- u. opt. Waren, Wulst- u. Gmündererz. Tel. Post. nach ansu.

Gebr. Motorrad, 3 1/2
große Rollen gebt. u. neue Fahr- räder, sowie Ersatzteile billig zu verk. Reparaturen gut, schnell, bill.

O. Schneider, Strasse 75.

Hesse

Es haben sich viele 1000 Straußfedern angeliefert, welche garantiert echt, nur nicht so breit sind, aber immer noch 13—15 cm breit und ca. 50 cm lang, und kosten

1 Stück 3.— M.
2 Stück 5.80 M.

Ein Stück aus 6 ungekräuelten Straußfedern, wie jetzt modern, kostet 1.35 M.

Straußfederfabr. u. handlg. Dresden
Scheffelstrasse.

Mod. Kinderwagen und Netzbest. (spid. Lüftung, Burgstr. 29, pt., 1.

Auf Kredit!

Herrn- und Damen-Konfektion, Kleiderstoffe, Gardinen, Teppiche, Wäsche, Uhren, ganze Ausstattung, und einzelne Möbel, Sport- und Kinderwagen

bei kleiner An- u. Abzahlung.

M. Langer
Wettiner Straße 13, 1. Et.
Streng reell und verschwiegen. — Schriftl. Bestell. u. prompt erledigt.

Vereine! Wirte!

Können wir vorteilhaft und billig im Spezialgeschäft für Vereine bei

E. Koch N., part. u. 1. Et.
Lampionen mit Glas und Licht, 100 Stück 4.50 M., Girlanden, Stück v. 10 Pf. an, M. Laternen, Dyd. v. 20 Pf. an, Sommerfest- und Verlobungspartikel, Ehrens- u. Radausgaben.

Großer Vohsen
Gut erhaltene Herren-Jackotten

Stück 2 M., sowie auch gut erhaltene herrsch. getr. Frühlings-Überzieher von 8—10 M., Joppen, Herrenanzüge, Stiefel u. Hosen gr. Pol. hochmod. neue Winter-Anzüge für Herren von 18—25 M., Westen, Stück 50 Pf., zu verkaufen.

Große Brüdergasse 3, 3. Et.
im Hause des Fleischgeschäfts.

6 bessere Herren-Anzüge Gelegenheits! billig zu verkaufen. 20 einzelne Hosen 2 1/2—6 1/2 M. Tuchlager Amalienstr. 17, 1.

DANK.

Allen Freunden, Bekannten und Parteigenossen unsern aufrichtigsten Dank für die uns dargebrachten Glückwünsche und Geschenke anlässlich unseres silbernen Ehejubiläums.

Ernst Leumer u. Frau
Leubnitz-Neuostra, Klostergasse 3.

Unterschiedener nimmt hierdurch die beiliegenden Versicherungen, die er gegen

Hrn. Max Müller, Vriessny, Teutewitzer Str. 11 am 24. Mai d. J. geton hat, zurück
Vriessny, am 14. Juni 1908.

Georg Schmidt.

Eine möbl. Schlafstube u. Sofa ist an einen Herrn sofort zu vermieten für 2.75 M. wöchentlich mit Kaffee. Werte Off. unt. K. H. 80 a. d. Exp. d. Bl.

Händler f. d. Kegler-Fest! Neuer Artikel. Häberes Gambelstraße 3, 4. M.

Deutscher Metallarbeiterverband
Einzelmitgliedschaft Dresden.

Nachruf.

Unsern Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Kollege

Artur Schubert, Schlosser
am 16. Juni 1908 verstorben ist. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!
Der Bevollmächtigte.

Zurückgelehrt vom Grabe meiner viel zu früh entschlafenen unvergesslichen Gattin, unserer guten Mutter, Schwiegermutter, Schwester und Schwägerin, Frau

Emilie Sachse geb. Männchen
drängt es uns, für die uns von allen Seiten gewordenen vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme durch Wort und Schrift, sowie für den reichen Blumenkranz und das zahlreiche Geseit zur letzten Ruhestätte allen unsern herzlichsten Dank auszusprechen. Besonderen Dank Herrn Pastor Liebert, Mügeln, für seine treu-reichen Worte am Grabe.

Dir aber, liebe Emilie, rufen wir ein Ruhe laus! In die Ewigkeit nach!

Leibnau, den 19. Juni 1908.
Der tieftrauernde Gatte
nebst Kindern und Geschwistern.

Herzlicher Dank.

Für die zahlreichen Beweise herzlichster Liebe und Teilnahme, sowie für den herrlichen, reichen Blumenkranz und die Begleitung beim Feinsangs unserer lieben Tochter, Mutter, Schwester und Schwägerin

Anna Ulbrich geb. Schinke
lagen wir hierdurch allen Freunden und Bekannten, besonders den lieben Hausgenossen und Nachbarn, unsern innigsten Dank.

Großburgl, Gutschütz, den 15. Juni 1908.
Germann Schinke nebst Verwandten.

Nachdem mein lieber Gatte, unser treuerstehender Vater, der Restaurateur **Max Lorenz**, zur letzten Ruhe befristet, drängt es mich, allen denen, welche mir ihre Teilnahme in den verschiedensten Formen zum Ausdruck brachten, meinen innigsten Dank abzusprechen.

Dresden, Windmühlenstr. 23
am Begräbnistag, den 17. Juni 1908.
Maria von Lorenz
nebst 4 Kindern.

Fahrrad-Zubehör

Größte Auswahl, gut und billig.
Der neue Katalog wird jetzt ausgegeben.
Paul Schmelzer, Ziegelstr. 19.

Beste Erfrischung!

ff. Pfefferminz-Bruch 1/2 Pfd. 15 Pf.
ff. säuerliche Bonbons 1/2 Pfd. 15 Pf.
ff. gefüllte Bonbons 1/2 Pfd. 25 Pf.
ff. gefüllte Waffeln 1/2 Pfd. 30 Pf.
ff. Limonad.-Zucker 1/2 Pfd. 15 Pf.

Chocol.-Sering.

Auspolstern! Sofa 5, Matr. v. 3 M. an. Viebia, Schnieper Str. 33.

Gute getr. Anzüge, Schuhwaren für Herren und Damen billig
R. Nicolai, Kleine Sträßgasse 1.

ROYAL, sehr gut erhalten, bill. zu verkaufen **Kletschels-trasse 2, 4. Sektort.**

Verdichtete gratis. 15 Gros. Rabatt.
Frau Heusinger
Am See 37.
Ecke Dippoldiswalderplatz.
Reifen! zu Knaben-Anzügen, u. Hosen 1—2 1/2 M. Tuchlager Amalienstr. 17, 1.

Botanisches Schatzkästlein

für Haus u. Schule.

Ein Ratgeber für die Gesundheitspflege des Menschen.
Preis 50 Pf.

Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung
Dresden, Zwingerstrasse 21.

Ein tüchtiger
Liedermeister
für Sologvereine gesucht. Zu melden bis 22. Juni, vorm., Lübtan, Roonstr. 19, pt. 5. M. Auch können langweilige Herren dem Verein beizutreten. Veranlassung! Kassenschonke, Klingelstraße.

Gesang-Verein Frohe Sänger, Löbtau
Mitglied des Arbeiter-Sänger-Bundes Dresden. — Dirigent: Herr H. Riva.

Sonntag den 21. Juni 1908 im Garten der Musenhalle

Großes Sommer-Fest

Darbietungen:
Instrumental- und Vokal-Konzert, Gabenlotterie, Preisloslassen, Pfefferkuchen-Verlosung, Ringwerfen, Kokosnusswerfen und andere Belustigungen für jung und alt. Bei eintretender Dunkelheit: Lamplonzug für Kinder. — Festkarten legitimieren zum freien Eintritt in den Saal.

Anfang 3 Uhr nachmittags. Um zahlreichen Besuch bittet D. V.

Naturheilverein im Pl. Grunde
(E. V.)

Sonntag den 21. Juni
Ausflug nach dem Kaiser Grund
und zurück über Bennwitz.

Abmarsch 2 Uhr vom Sächf. Wolf.

Im Laufe der Woche Eröffnung
des neuen

Frauen-Luftbades
Kuch sind noch einige Plätze mit
und ohne Lauben zu vergeben.

Nordsee

Grösste Hochseefischerei-Gesellschaft Deutschlands.

In framerischer Verpackung erhalten täglich in
eigenen Eisenbahn-Rühlwaggons
garantiert lebend frisch:

Deutscher Holzarbeiterverband.

Versammlungen

Bezirk Cossebaude und Umgegend
Sonabend den 20. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Badnischlöcher zu Glesch

Bezirk Radebeul und Umgegend
Sonntag den 21. Juni, vorm. 11 Uhr, im Restaurant Gansch zu Radebeul

Bezirk Laubegast und Umgegend
Dienstag den 23. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Bismarckhaus in Laubegast

Bezirke des Plauenschen Grundes
Mittwoch den 24. Juni, abends 8 Uhr, in der Waken Schänke in Döhlen

Bezirk Klotzsche, Rähnitz u. Wilschdorf
Mittwoch den 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Schergericht in Klotzsche.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
Was lehrt uns der letzte Verbandstag. Gewerkschaftliches.

Bezirk Cotta
Sonabend den 27. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in den Linden, Birkenhainstr.

Tages-Ordnung:
Vertragspolitik und Tarifverträge. Referent: Kollege P. Krüger.
Gewerkschaftliches.

Musenhalle Löbtau

Heute Freitag den 19. Juni 1908, bei günstiger Witterung

Militär-Konzert mit Schlachten-Potpourri

ausgeführt von der gesamten Kapelle des Königl. Sächs. Schützen-Regiments Nr. 108. Direktion: Herr Stadtkapellmeister H. Helbig.

Tambour, Horninstrumente u. Gewehrabteilung vom 2. Grenadier-Reg. 101

Eintritt 15 Pf. Beginn abends 8 Uhr. Sorgfältig gewähltes Programm.

Um zahlreichen Besuch bitten Ernst Valten u. Frau.

Sommer-Varieté

Hammers Hotel

Dresden-Striesen
Eingang Augsburger u. Blasewitzer Strasse.

Direktion: Moritz Beckert.
Manager Emil Pietzsch. Kapellmeister Franz Jaeger.

Einziges und erklaffiges Sommer-Varieté Dresdens.

Eröffnungs-Programm.

Semiramis

Elektrische Feste mit Tanz, ausgeführt von fünf Damen.
Solotänzerin: Frida Hartmann.

Hellwegh and Miss Bella
Orig.-Gymnast.-Kombinat.-Akt.

François Rivoli
Mimiker.

Les 3 Vestales
Lebend plastische Kunst nach Werken antiker und moderner Meister
in höchster Vollendung. Ohne Konkurrenz in diesem Genre.

William Herbert, der brillante Humorist.

Margarete Milär
Tanzpädagogin.

Bella Rio
Soubrette.

The Hovyns, die exzentrischen Bäcker.

Kinematographische Vorführungen.

Anfang 1/2 8 Uhr.
Sonntag und Mittwoch 2 Vorstellungen.
1/4 u. 1/2 8 Uhr. Haltestellen der Straßenbahnlinien Nr. 1, 2 u. 30.

I. Platz 1 Pl., II. Platz 60 Pf., III. Platz 40 Pf.
Vorzugskarten, 20 Pf., Gültigkeit.

f. Seelachs ohne Kopf
im Anschnitt Pfund 22 Pf.

f. Kabeljau ohne Kopf
im Anschnitt Pfund 24 Pf.

f. Schellfisch ohne Kopf
im Anschnitt Pfund 28 Pf.

f. Heilbutt ohne Kopf
im Anschnitt Pfund 100 Pf.

f. rotfleischigen Flusslachs ohne Kopf
im Anschnitt Pfund 150 Pf.

f. Schollen, groß, Pfund 50 Pf.

f. Schollen, mittel, Pfund 40 Pf.

f. Rotzungen, groß, Pfund 40 Pf.

f. Helgoländ. Schellfisch
Pfund 26, 32 und 45 Pf.

f. Steinbutt, gross
Pfund 160 Pf.

f. Steinbutt, mittel
Pfund 140 Pf.

f. Seezunge, Knurrhahn, Austernfisch, Seehecht, Zander.

ferner empfohlen:
f. ger. rotfleischigen Flusslachs in Stücken 150 Pf.

f. Lachsheringe, geräuch. Schellfisch, Seelachs, Rochen, Kleier Bäcklinge, Spick-Aale usw.

f. Maatjesheringe (vom Junifang)
Stück 15, 20 und 25 Pf.

sowie sämtl. Fisch-Konserven in feinsten Qualitäten

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft Nordsee
Webergasse 30. Telephon 2471.

M.-G.-V. Freie Sänger, Dresden-Plauen
Mitglied des Arbeiter-Sänger-Bundes Dresden und Umgegend
Dirigent: Herr Kapellmeister P. Böttner.

Sonntag den 21. Juni 1908

Großes Gartenfest

im neu vorgerichteten Garten des Kleinen Volkshauses,
Hofmühlstraße Nr. 11.

Allerhand Belustigungen für jung und alt.

Anfang 3 Uhr.
Von 6 Uhr ab: Tanzkränzchen.

Restaurant Union, Huttenstrasse 7
empfiehlt keinen Gesellschaftslokal und schattigen Garten allen Vereinen
und Gewerkschaften zur gütigen Benutzung. Für gute Speisen und
Getränke wird bestens gesorgt.

Spezialkochen Gustav Kranke.

Restaurant Erholung
Bahnhofswirtschaft Klein-Naundorf.
Sonntag den 21. Juni

Großes Schweins-Prämien-Vogelschießen.

Belustigung für jung und alt.
Hierzu ladet ergebenst ein Paul Einert.

Bad „Glückauf“, Putschappel.

Schweins-Prämien-Vogelschießen
am Sonntag den 21. Juni

Um zahlreichen Besuch bitten Alfred Nüsselein u. Frau.

Vereine!

Vereinigte Männerchor
(Senefelder-Schuhmacher).
Montag, 22. Juni, abends 9 Uhr
Gesamt-Probe
im Vereinslokal, Gohl. Senefelder.
Der Vorstand.

Vogelwiese 1908:
Wersich-Konzertthalle
Zum Strohdöckel.

Restaurant
Welde
Löblauer, Eke Altkonzertr.
empfiehlt sich einer geeigneten
Beachtung.

Vereinszimmer
noch einige Tage frei.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft
Tel. 1470 „Nordsee“ Tel. 1470
Niederlage in Dresden-Neustadt:
Görlitzer Str. 1 — Eingang Luisenstr.
Inb.: Friedr. Wiegand.

Gasthof Rippien.
Jeden Sonntag nach dem 1. und
15. des Monats

öffentl. Tanzmusik
wogu freundlich einladet
Edwin Böhme.

Gasthof Röhnick.
Sonntag den 21. Juni 1908

Schweinsprämien-Vogel- schiessen ohne Nieten.

Es ladet freundlich ein
Hr. Fögel und Frau.

Laubegast. Zum Elbtal
An der fliegenden Fähre
Schöne Aussicht auf das Elbtal, ge-
deckte Veranda, gute Verköstigung.
Gugo Schmann u. Frau
früher Dornblüthstr. 33.

Roths Restaurant
Großenhainerstraße 128.
Sonntag Konzert bis 12 Uhr.

Gerlicher, neuvorgerichteter

Pariser Garten
Große Weiskner Straße 13.
Täglich

Instrumentalkonzert
Schönster Garten der Neustadt.

Elbschlösschen
Wildberg-Gauernitz
empfiehlt sich bei Ausflügen ange-
legentlich zur Einkehr. ff. Speisen
und Bier, guten Land- u. Berren-
wein. Hochachtung Fritz Wesselsky.

Restaurant Eintracht
Dresden-Mitte, Winterstraße 12.
empfiehlt seine freundl. Kellner
einer geeigneten Beachtung. Aus-
sicht auf Paul Bach und Frau.
Der Eingang der Loge. Nichtent-
w.

Rehbockschenke.
Weihen, Schiffspl. Scharfberg-
Derrlicher Ausflugsort. Täglich
a. Walde gelegen. Schöner Spazier-
gang u. Scharfberg nach Weihen.

Nur solange Vorrat!
8000 Meter
Musseline u.
Waschstoffe
Entzückende Muster!
Preis von 1.25 M. an.
Ein Rollen

**fertige Kostümröcke
und Blusen**
zu enorm billigen Preisen.
Ein Rollen

**Unterröcke, Damenhemden
und Untertailen**
bebeutend unter Vorz.

Fabriklag. Kreis-Garnier Kleiderstoffe
Serrestrasse 10, I.

Neu eröffnet!

Zu haumend billigen Preisen
kaufen Sie bei mir herrschaf-
liche, wenig getragene Jacken,
Fräcke, Gehrock, Anzüge, ein-
farbige Jacken, Westen, Hosen,
Schuhwerk, alt u. neu. Auch
Neugarderobe sehr billig nur
Zentralbefriedigungshalle Neue Gasse 13

Ver. Freie Turner Zschachwitz u. U.
Mitglied des Arbeiter-Turner-Bundes.
Sonntag den 21. Juni 1908

Gr. Sommer-Fest

im Gasthof Goldne Krone, Kleinschachwitz.
Darbietungen:
Instrumental-Konzert, turnerische Aufführungen sowie verschiedene
Belustigungen für jung und alt.

Anfang nachmittags 3 Uhr.
ES ladet ergebenst ein Der Turnrat.

Zentralverband der Glasarbeiter
Sonntag den 21. Juni 1908 im Garten
des Gambinus, Löbtauer Straße 66

Gr. Sommerfest

Warenverlosungen, Belustigungen verschiedener
Art, Kaspertheater, Lamplonzug für Kinder

Beginn 3 Uhr

Zu zahlreichem Besuch ladet ein Das Komitee.

Restaur. Heinrich Dahms
Leisniger Strasse 12
hält sich den Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern bestens empfohlen. Vereins-
zimmer, 40-100 Personen fassend, noch einige Tage frei.
Hochachtungsvoll Der Obige.

Vereine!

Schöner Lindengarten, Sommerfesten!
Zwei Asphalt-Kegelbahnen!
Barbarossa, Striesen.

Gasthof Saalhausen
direkt am Hochwald gelegen, schattig.
Garten, elektr. Orchester, daher
jederzeit Tanzgelassenheit. Schöns-
wert: 800-jährige Linde, 8000 Umf.

Nr. Gewe
De
silhelm
leidigun
artikel, im
erks-Ge
glich den
ner Kritik
umstritt
aus
erfüllt
ist es:
ung Arbeit
ung de
le dem
leben u
Verbar
dankt h
ergelien
für wolle
ne den
in Verfu
raunfohl
einen Art
ff, der
nach sei
Allen ha
agte erk
Mer zu
grige tr
b dies
orm ein
re eine
ung des
ne sonst
nge de
en hab
u r e a
e d e n
r t i g t
i d i n e
dem Arti
gegenüber
hoff ange
ff, lächer
beantworte
Der Bert
andpurr
ont we
lage sei
nen fol
artikel b
esen sei
offen w
am zu d
in des
diglich
r e i p

Die Folg
Der
strument
nt, wird
ent, ei
em bei
par, sub
renomme
ente, die
nan, weg
2 Jahre
Gründe n
weilhaft
st bei d
uchen, d
Deutschen
Es kann
das Recht
mizurede
Polizeer
Geint er
Dere Mög
nur damit
st doppelt
erein a
bedlich
elbstver
Verbrauch
B
was und
Brettern
feiner G
halten
e f u b
vierte Teil
von den
Auch ob
grund an
legen sic
nehmen.
Unterneh
noch selb
dieser B
werden.

Die
So wie
auschlo
Organis

2. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 139.

Dresden, Freitag den 19. Juni 1908.

19. Jahrgang.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Der beleidigte Deforierte.

Der Redakteur der Arbeiterzeitung in Essen, Genosse Wilhelm Ostkamp, hatte sich dort vor der Strafkammer wegen Beleidigung zu verantworten. Unter Anklage gestellt war ein Artikel, in dem das Verhalten der Essener Steinkohlenbergwerks-Gesellschaft als Eigentümerin der Zeche Pauline bezüglich der Auteilung der Deputatlohlen an ihre Belegschaft unter Kritik unterzogen wurde. Dieran anknüpfend wurde in dem Artikel auf einen Bericht der Essener Volkszeitung (Zentralblatt) zurückgegriffen, in dem eine Feiher geschildert war, die aus Anlaß der Deforierung eines Arbeiters der Zeche erfolgte. In dem zur Anklage gestellten Artikel heißt es: „Als einen besonderen Fortschritt auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge bezeichnet das Zentralblatt die Dinguierung des Arbeiterauschusses zu der Feiher, dessen Mitglieder dem Gewerksverein christlicher Bergarbeiter angehören! Ich sehe mir endlich, wofür Arbeiterauschüsse da sind. Wären Verbandskammeraden gewesen, die würden sich wohl dafür dankt haben, Statisten zu markieren, wenn einem ausgegessenen Arbeiter ein Stück Fleisch auf die Brust gehängt wird. Wir wollen mal abwarten, ob der Ausschuß vom Schacht Pauline den Zweck seines Darius besser erkennt und wenigstens in Versuch macht, die Schädigung der Kameraden durch die raumfohlenmaßregel wieder rückgängig zu machen.“ Durch diesen Artikel fühlte sich der deforierte Arbeiter Joseph Wülfel, der die Auszeichnung (allgemeines Ehrenzeichen) aus Anlaß seiner 38jährigen Dienstzeit auf Zeche Herkules erhalten hatte, beleidigt und stellte Strafantrag. Der Angeklagte erklärte, daß es ihm nicht eingefallen sei, den Antragler zu beleidigen. Wenn man einen Arbeiter für langjährige treue Dienste belohnen wolle, so sei er der Ansicht, daß dies in einer anderen Weise geschehen müsse, als in der Form einer Ordensverleihung. Eine Gratifikation in der Art eines solchen Arbeiter jedenfalls lieber. Bei Vernehmung des Klägers erklärte dieser, er habe nur die Deforierung, die sonstige Gratifikation aber nicht erhalten. — Auf die Frage des Verteidigers, ob er den inkriminierten Artikel gelesen habe, erwiderte der Zeuge: „Die Herren vom Bureau haben ihn mir gezeigt.“ Auf dem Zechebüro, wo der Strafantrag angebracht worden sei, habe er diesen unterzeichnet. Der Vertreter der Anklagebehörde erblidte in dem Artikel eine Herabsetzung der christlichen Gewerkschaft gegenüber dem freien Verbands. In dem vom Zeugen Wülfel angezogenen Satze sei zweifellos versucht worden, den Klägerschick zu machen, und darin liege die Beleidigung. Er beantragte gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 75 M. Der Verteidiger führte aus, der Angeklagte stehe auf dem Standpunkte, daß wenn ein Arbeiter für treue Dienste belohnt werden sollte, nicht etwa eine Ordensverleihung am Platze sei, sondern daß die Feiherverwaltung verpflichtet sei, einen solchen Mann materiell zu entschädigen. Wenn in dem Artikel von einem „ausgemergelten Arbeiter“ die Rede gewesen sei, so hätte damit keineswegs der Antragsteller gemeint werden sollen, sondern nur das System. Das Gericht kam zu der Ueberzeugung, daß der Angeklagte nicht die Vermutung des Antragstellers habe treffen wollen, sondern daß er lediglich ein System kennzeichnen wollte. Daher mußte die Freisprechung erfolgen.

Vofales.

Die Folgen der Krise und ihre Auswirkung durch die Unternehmer. Der gegenwärtige schlechte Geschäftszustand, der auch in der Metall- und Maschinenbau-Industrie seinen Eingang gefunden hat, wird von der Sozialistischen Partei nicht nur als vorübergehende Krise, sondern als ein Zeichen der organisatorischen Unfähigkeit der Arbeiter angesehen. In der Zeitschrift „Die Arbeiterbewegung“ wird es in diesem Sinne ausgesprochen. Die Arbeiterbewegung hat sich in der letzten Zeit in eine Krise verwickelt, die nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Unternehmer betrifft. Die Arbeiterbewegung hat sich in der letzten Zeit in eine Krise verwickelt, die nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Unternehmer betrifft. Die Arbeiterbewegung hat sich in der letzten Zeit in eine Krise verwickelt, die nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Unternehmer betrifft.

Aus der Umgebung.

Die Lage der Holzarbeiter in der Sächsischen Schweiz. Aus den Kreisen der Holzarbeiter wird uns geschrieben: So wie sich die Arbeiterbewegung langsam aber sicher zu einem ausschlaggebenden Machtfaktor entwickelt, so ist auch die Organisation der Holzarbeiter in der Sächsischen Schweiz aus

kleinen Anfängen zu größerer Bedeutung herangewachsen. Die Organisationsverhältnisse unter den Holzarbeitern sind, wenn auch weit davon entfernt, gut zu sein, wenigstens in Pirna einigermaßen befriedigend. Leider haben im letzten Jahre viele Kollegen, und das trifft besonders auf die Holzarbeiter an der Oberelbe und in den Gebirgsstämmen und auf die Sägewerksbetriebe und Kistenfabrikation in Pirna und Cositz zu, aus nicht gerade erfreulichen Gründen dem Verband wieder den Rücken gekehrt. Wohl ist dieser Austritt wieder weitgemacht worden durch Neuaufnahmen, aber immerhin ist die Fluktuation im Interesse der Arbeiter selbst sehr bedauerlich. Der Austritt ist um so unverständlicher, wenn man bedenkt, daß gerade in diesen Betrieben die Entlohnung eine ganz miserable ist, die Behandlung fast immer und in jedem Betrieb viel zu wünschen übrig läßt. Auch sind die sanitären und hygienischen Einrichtungen durchaus unzulänglich. Die Arbeitszeit ist eine so überaus lange, wie sie in keinem anderen Gewerbe im Kreise zu finden ist. Besonders kraß sieht es in den Schneidemühlbetrieben aus. Da sind Löhne von 24 Pf. keine Seltenheit, die eifständige Arbeitszeit ist üblich. Große Antreiberei bei der Arbeit, schändliche Behandlung durch die Besitzer der Betriebe oder deren Werkmeister, das ist die Signatur, unter der die Schneidemühlbetriebe noch immer zu leiden hatten. Herren im Hause wollen die Unternehmer sein, und die Arbeiter werden zu Heloten, zu Sklaven degradiert. Und noch dazu die herrschende Lebensmittelverknappung und die herrschende Krise, die in den Schneidemühlbetrieben eine Veränderung der Produktionsart und damit schlechtere Entlohnung fast immer mit sich bringt. Als vor zwei Jahren der neue Handelsvertrag in Kraft trat, brachte er für die arbeitende Bevölkerung eine Lebensmittelverknappung und damit eine Verschlechterung der Lebenslage, für die Schneidemühlbetriebe brachte er jedoch eine bedeutende Zollermäßigung. Bei einem Unternehmer in Sachsen betrug diese Ermäßigung an Zoll in Höhe von 24 000 M. Profit in einem Jahre. Dabei sind die Schneidemühl-Erzeugnisse — Bretter, Balken usw. — nicht billiger, sondern eher teurer geworden. Haben die Arbeiter nun etwa aus diesem Grunde höhere Löhne bekommen? Nein, Abzüge mußten sie sich noch gefallen lassen! Und doch stehen die meisten Arbeiter in diesen Betrieben in der Sächsischen Schweiz der Organisation noch gleichgültig gegenüber. Sie schreiten und schreiten jahraus, jahrein und leiden doch selbst bei langer Arbeitszeit mit ihren Familien noch bittere Not. Während die Holzbarone sich neue Villen bauen und mit den Ähren von dem im Schnee der Arbeiter Ertragsfluten herrlich und in Freuden leben. So das wird nicht eher anders werden, bis jeder Arbeiter sich der Organisation anschließt.

Inland.

Der Kampf der Arbeiter im Erzgebirge nimmt seinen Fortgang. Die Aussperrung der Arbeiter erfolgte, weil sich diese eine bei den jetzigen hohen Lebensverhältnissen und den an und für sich geringen Löhnen doppelt unannehmbare Lohnherabsetzung nicht gefallen lassen wollten. In Wirklichkeit handelt es sich natürlich um eine Verneinung der Organisation der Textilarbeiter, die in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht hatte. Das Erzgebirge soll aber weiter ein Eldorado der Ausbeuter bleiben. Sie glauben geradezu ein Anrecht auf elend bezahlte Arbeitskräfte zu haben.

Der heringefallene Oberhirsch.

Herr Strohsfeld in Breslau hatte während eines Metallarbeiterstreiks in Leipzig Arbeitswillige vermittelt, wovon der Vorwärts unter der Ueberschrift: Oberhirsch und Streikbrecher-Agent Mitteilung gemacht hatte. Strohsfeld hatte den Verantwortlichen deshalb verklagt. Am Dienstag war vor dem Breslauer Schöffengericht Verhandlung, die mit der Freisprechung des Angeklagten endete. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, der Ausdruck „Oberhirsch“ sei keine Beleidigung, und der Ausdruck Streikbrecheragent bezeichne lediglich eine Tatsache. Herr Strohsfeld befand sich im Zuchthaus, und hinter dem schließenden Ofen halb verborgen, nahm er Kenntnis von seiner Niederlage.

Eine halbjährige Gefängnisstrafe.

hat am Montag Genosse Fröngel aus Elbing angetreten. Die Strafe erhielt er in einem Prozeß wegen Beleidigung der Zeitung der Schichtarbeiter — er hatte in zwei Flugblättern die Zustände auf der Werkstätte dargestellt. Von der Gefängnisstrafe ist dem Genossen Fröngel Selbstbeschäftigung und eigene Beschäftigung sowie das Tragen seiner Kleider gestattet worden. Das Wesen einer Zeitung dagegen ist ihm bis auf das der Metallarbeiter-Zeitung nicht gewährt.

Ausland.

Wie in Frankreich die Koalitionsfreiheit geschützt wird, zeigt folgender Vorgang, den die Soziale Praxis veröffentlicht. Der Friedensrichter in Carmaux hat eine Schadenersatzklage von vier Arbeitern der Glashütte Sainte Clotilde in Carmaux gegen ihren bisherigen Betriebsleiter H. wegen ungerechtfertigter Entlassung anerkannt, da sie nachweisen konnten, der alleinige und wirkliche Entlassungsgrund sei ihre Gewerkschaftszugehörigkeit und ihre Wahl zu Vorstandsmitgliedern der Gewerkschaft gewesen. Der Friedensrichter beurteilte H. dazu, ihnen je 1200 oder 800 Franc Schadenersatz zu zahlen, indem er folgende Gründe anführte: einmal sei die moralische Schädigung der Kläger noch viel größer als die handgreifliche materielle Schädigung; ferner könne man sich nur schwer einen geschwätzeren, mißbräuchlicheren Entlassungsgrund denken als den von den Klägern vorgebrachten; um ein andererseits Gegenstück dazu zu finden, müßte man sich bis in das Bereich unterdrückter religiöser Empfindungen und Familiengefühle begeben; endlich hat der Beklagte durch die Entlassung der Kläger wegen ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit ein Recht schwer verächt, das den Klägern nach dem Gesetz zusteht; deshalb mußten sie sich in ihrer Menschenwürde und ihrem Rechtsbewußtsein als Staatsbürger tief gekränkt fühlen. Bei uns würde es den vier Arbeitern wahrscheinlich etwas anders ergangen sein. Bis jetzt ist uns jedenfalls noch kein Fall bekannt geworden, daß ein Staatsanwalt K. W. gegen Versender von schwarzen Listen eingeschritten wäre.

11. Generalversammlung des Zentralverbandes der Böttcher und Böttcherei-Hilfsarbeiter Deutschlands.

S. Raffel, 17. Juni.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Winkelmann wurde das Referat über Agitation und Organisation entgegengenommen. Der Referent Seel-Mainz entlegte sich desselben in ausgedehnter, großzügiger Weise. Auch instruktiv war das Referat vorzüglich aufgebaut. Die Konzentration der Betriebe auch in der Holzindustrie, die fortgesetzt sich entwickelt, bedingt eine intensivere Agitation. Auch die Organisationen der Unternehmer haben sich stark gehoben; jetzt sind 27 Weinhändlerverbände vorhanden. Dieser Macht müsse eine größere Macht der Arbeiter entgegengetreten werden. Die Umstände sind nicht allein maßgebend, sondern für eine intensivere Agitation sprechen auch die Konkurrenz-Organisationen der Arbeiter selbst. Unter dem Deckmantel der Religion, ja selbst der Wissenschaft versucht man die Arbeiter niederzuhalten. Dann gibt die sogenannte gelbe Gefahr, die als Schutztruppe der Unternehmer gelben Gewerkschaften, zu denken. Die Agitation müsse aber auch nach der Richtung geleitet werden, daß es gelingt, sämtliche Kollegen auch für die politische Partei und für das Genossenschaftswesen zu gewinnen. Die Gewerkschaft, das unvollkommene Koalitionsrecht, die Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenshaltung und Aussonderung der Massen, der vergebliche Versuch Preußen auf die Gewerkschaft gegenüber der freieren süddeutschen Staaten usw. machen es zur unbedingten Pflicht, daß die Arbeiter sich nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch organisieren. Es muß erstrebt werden, die Kräfte der Gewerkschaft in die Hand zu bekommen. Die verlorenen Streiks und Lohnbewegungen hatten ihre Ursache nicht in finanziellen Schwierigkeiten, sondern weil noch zu viel Streikbrecher vorhanden sind. In der Agitation darf deshalb nicht gespart werden. In der Agitation muß vor allem der Mensch zum Menschen sprechen, der Klassen-genosse zum Klassenoffenen. Das Bildungswesen muß ausgebaut werden. Die Versammlungen belebender gestaltet werden. Persönliche Streitigkeiten müssen vermieden werden. Redner sprach sich schließlich für Anstellung von weiteren Gauleitern und Zuschuß an lokale Verwaltungsstellen aus.

Die Anträge zu diesem Punkt wurden einer Kommission überwiesen.

Grüner-Lüneburg sprach dann über den Gewerkschaftskongress in Hamburg. Er führte aus, daß ein Abflauen der Arbeiter zu verzeichnen ist, bedingt durch den Vermeidlich des Parteivorstandes und des gemeinsamen Beschlusses zwischen Parteivorstand und Generalkommission. Der Kongress muß deshalb eine klare Stellung zur Arbeiterbewegung einnehmen und klar aussprechen, wie es mit der Arbeiterbewegung werden soll. Die Delegierten sollen beauftragt werden, daß die Arbeiter auf die Tagesordnung gesetzt werde. Im Verlauf der Besprechung der Tagesordnung zum Kongress berührte der Redner vor allem die Frage der Grenzstreitigkeiten, von der er behauptet, daß sie auf dem Gewerkschaftskongress nicht gelöst werden wird, weil die einzelnen Verbände das Bestreben haben, möglichst viel Mitglieder zu gewinnen. — Habe der diesmalige Kongress nach außen hin auch nicht die Bedeutung eines Vorgängers, so sei doch die Tagesordnung äußerst reichhaltig und müsse das Interesse auch unserer Verbände erwecken. So die Punkte Heimarbeit und die Entwicklung der sozialen Gewerkschaft. Es wird sich gerade bei diesen Punkten zeigen, wer der eigentliche Herrschaft der Entwicklung der Sozialgewerkschaft ist.

In der Diskussion erklärte Schöffler-Stuttgart bezüglich der Arbeiterbewegung, daß diese wäre, sie würde gänzlich verschwinden. Diese Ausführungen bezogen sich auf den Widerstand, Umland-Hamburg ist der Meinung, daß die Arbeiterfrage falsch beurteilt werde. Die Arbeiter haben Boden gefaßt. Es muß der Beweis erbracht werden, daß in der Arbeiterbewegung noch Idealismus vorhanden ist, ohne welchem diese nicht ist, was sie sein soll. An der Kostenfrage dürfte die Arbeiterbewegung scheitern. Verschiedene Redner wünschten endliche Klärung durch den Gewerkschaftskongress; die Beschlüsse des Parteivorstandes und der Generalkommission haben das nicht getan.

Nach sehr erregter Geschäftsordnungsdebatte wird eine vom Referenten Grüner eingebrachte Resolution zur Arbeiterfrage, die lautet: Der erste Verbandstag der Böttcher und Böttcherei-Hilfsarbeiter Deutschlands steht nach wie vor auf dem Boden des Beschlusses des internationalen Kongresses von Paris 1889 und verpflichtet unsere Mitglieder, mehr als bisher für strikte Durchführung derselben Sorge zu tragen. Der Verbandstag erwartet vom Gewerkschaftskongress eine klare und bindende Weisung hinsichtlich der Richtung hin, daß allen Bestrebungen, welche auf Aufhebung der Arbeiterbewegung abzielen, die Spitze gebrochen wird. Von der Generalkommission und Parteivorstand wird erwartet, erneut Vorschläge hinsichtlich der Unterstützungsfürsorge zu machen, welche eine Durchführung der Pariser Resolution im praktischen Ermöglicht, mit 17 gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Nachdem wird in der Diskussion zum Referat Agitation und Organisation fortgesetzt. Die eingeleitete Kommission schlug die Anhebung von drei Gauleitern vor; ferner den Verwaltungsstellen Frankfurt a. M., München, Hamburg pro Jahr 1000 M. Zuschuß zu geben und den Lokalorganisationen 10 Prozent am Orte zu belassen.

Um 12 Uhr wurde die Verhandlung am Donnerstag morgen vertagt.

Konferenz der Graveure und Ziseleure Deutschlands.

Am Metallarbeiterverbandshaus in Berlin tagte am Montag eine Konferenz der dem Verband angehörenden Graveure und Ziseleure. Anwesend waren 20 Delegierte aus 16 Städten Deutschlands. Die Konferenz war einberufen worden, um den Graveuren und Ziseleuren Gelegenheit zu geben zur Verbesserung ihrer besonderen Berufsangelegenheiten und zum Austausch ihrer Erfahrungen und Wünsche in bezug auf Agitation und Organisation.

Nachdem Raffel-Stuttgart als Vertreter des Hauptverbandes die Konferenz eröffnet und Cohen die Delegierten namens der Berliner Ortsverwaltung begrüßt hatte, sprach Ernst Prilner-Stuttgart über den gegenwärtigen Stand der Organisation nach dem Anschluß an den Metallarbeiterverband. Der Redner führte unter anderem aus: Der im Jahre 1896 mit 600 Mitgliedern ins Leben getretene Verband der Graveure und Ziseleure trat im Oktober 1907 in den Metallarbeiterverband ein. Er hatte damals 2400 Mitglieder, von denen 2008 den Anschluß mitbrachten. Ein kleiner Teil blieb also abseits stehen. Die Uebergetretenen sorgten für den Ausbau und die Ausbreitung der Organisation mit dem Erfolge, daß die Verände der Graveure und Ziseleure am 1. Januar 1908 bereits 2880 Mitglieder zählte. Die gewerkschaftliche Betätigung der Kollegen sei eine gute. Mit den Resultaten, welche nach dem Anschluß erzielt wurden, könne man zufrieden sein. Der Redner machte Vorschläge zum weiteren Ausbau der Organisation. Er empfahl die Einrichtung tüchtiger Branchensekretäre in allen Orten, regelmäßige Abhaltung von Branchenvorstellungen, Befestigung der Vertrauensleute, Kontrolle über die am Orte vorhandenen Mitglieder, Beobachtung aller Vorkommnisse im Lager der Unternehmer, stete Fühlung mit der Verbandsleitung usw. — Die weiteren Ausführungen des Redners, ebenso der größte Teil der Diskussion hatten interne Berufsangelegenheiten zum Gegenstand. Im übrigen waren die Redner alle darin einig, daß die Interessen der Graveure und Ziseleure im Metallarbeiterverband in durchaus befriedigender Weise vertreten werden. Die Kollegen hätten sich

tschlands.
ggongä
Kopf
Kopf
Kopf
Kopf
ne Kopf
fisch
ross
ittel
fisch,
in Stücken
Pp. 150 M
Seelach
le usw.
Junifang
Qualitäts
Nordsee
2471.
chaft
ol. 1470
adt:
enstr.
intracht
interstraße
bl. Solat
htung. Auf
Biere! Goch
sch und Fran
Kleiner den
henke.
Scharfberg
er. Dalk
über Goch
nach Wien.
Vorrat!
eter
ne u.
stoffe
Zucker!
M. an
en
mröcke
sen
Perlen.
en
hemden
allen
Verd
Wahlrecht
10. I.
reisen
dort
Zins,
ein
fellen,
Kuch
nur
Wasser Goch 12

